Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.–, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Lützow 1902, 3248, 3394.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.– zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 365. Freitag, 1. August 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Die Annahme der Reichsverfassung.

Der Abschluß.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. **Weimar**, 31. Juli.

Die Gesamtabstimmung über die Verfassung erfolgte namentlich und ergab die Annahme der Verfassung mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Dagegen stimmten die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Unabhängige sozialdemokratische Partei.

Die Nationalversammlung hat heute die Beratung des Verfassungsgesetzes beendet. Eine längere Aussprache entwickelte sich bei den Artikeln über die Schule. Es wurde schließlich das bereits bekannte Kompromiß angenommen. Bei dem Artikel über die Rechte der Arbeiter und Angestellten (Art. 162) wurde seitens der Unabhängigen eine längere Propagandarede gehalten, die Anlaß zu stürmischen Unterbrechungen gab. Art. 164, der das Verbot für Mitglieder von Familien der früheren Landesherren aussprach, zum Reichspräsidenten gewählt zu werden, wurde auf Antrag der Deutschen Volkspartei mit einer Mehrheit von 198 Stimmen gegen 141 gestrichen. So können also jetzt auch Mitglieder dieser Familien zum Reichspräsidenten gewählt werden. Die übrigen Artikel des Entwurfs wurden mit einigen Aenderungen in der Fassung der zweiten Lesung erledigt.

Dann schritt man zur namentlichen Abstimmung, nachdem noch Abgeordneter Löbe im Namen der sozialdemokratischen Fraktion erklärt hatte, daß es ihr in manchen Punkten schwer werde, der jetzigen Fassung beizutreten, weil durch einen Block der bürgerlichen Parteien in den Entwurf Bestimmungen hineingekommen seien, denen seine Fraktion nicht beipflichten könnte. Die Gesamtabstimmung ergab 262 Stimmen für die Annahme der Verfassung, 75 für die Ablehnung und eine Stimmenthaltung. Damit ist also das Verfassungsgesetz mit großer Mehrheit angenommen.

Präsident Fehrenbach erteilte nunmehr dem Ministerpräsidenten Bauer das Wort. Der jetzige Augenblick sei, so führte dieser aus, die Geburtsstunde des neuen Deutschlands. Eine neue Zeit werde beginnen. Manche Gegensätze habe die Beratung des Entwurfs gezeigt. Jetzt aber müsse man gemeinsam ein neues Leben beginnen. Er halte es für seine Pflicht, auszusprechen, daß wir alle doch Landsleute, Blutsverwandte und Deutsche seien und nicht auseinander könnten. Der Ministerpräsident schloß mit dem Bekenntnis des Glaubens an das neue Deutschland, das eine friedliche Geschichte der Gesittung und Versöhnung beginnen werde.

Minister des Innern Dr. David sprach denjenigen den Dank der Regierung aus, die an dem Zustandekommen des Werkes mitgearbeitet haben, in erster Linie dem, der den Entwurf geschaffen habe, dem Reichskommissar Dr. Preuß. Er drückte die Hoffnung aus, daß die neue Verfassung nun auch zu dem äußeren Frieden unserem Volke den inneren Frieden gebe und eine Ueberwindung des Faustrechtes auch auf wirtschaftlichem Gebiete sein werde. Deutschland habe jetzt die am meisten demokratische Verfassung der Welt. Ein neues Haus sei damit eingerichtet, welches das nationale Gefühl erstarken lassen und den Willen der Zusammengehörigkeit mit dem Mutterland auch bei denen vermehren müsse, die außerhalb seiner Grenzen lebten.

Dann schloß Präsident Fehrenbach die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er hervorhob, daß die Nationalversammlung stolz sein könne auf die Arbeit, die nicht immer leicht gewesen sei. Das Haus lege nunmehr die Verfassung in die Hände des Volkes, das mit dieser Verfassung das freieste Volk der Erde sei. Damit schloß um 9 Uhr die Sitzung. Morgen wird man noch die Beamteninterpellationen erledigen und dann die vorgesehene Pause eintreten lassen.

Unmittelbar nach der Annahme der Verfassung wurde während der Rede Bauers auf dem Nationaltheater, dem Hause der Nationalversammlung, die neue schwarz-rot-goldene Reichsfahne gehißt. Auf dem Platze vor dem Nationaltheater hatte sich eine zahlreiche Zuschauermenge versammelt. Besondere Kundgebungen fanden nicht statt. Die Zuschauer nahmen die Hissung der Fahne ohne jede Kundgebung auf.

* * *

Weimar, 31. Juli. In den Beratungen der Nationalversammlung wird vom Freitag abend bis zum Donnerstag der nächsten Woche eine Pause eintreten, die Ausschüsse werden jedoch am Mittwoch früh wieder zusammentreten. Es ist dann in Aussicht genommen, bis zum 20. weiter zu tagen.

Eine neue Ergänzung des Besoldungsgesetzes.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. **Weimar**, 31. Juli.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf einer 6. Ergänzung des Besoldungsgesetzes vom 15. Juni 1909 zugegangen.

Den unteren Beamten in gehobenen Dienststellen bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sind im Laufe der Jahre immer weitere Tätigkeitsgebiete übertragen worden. Seit Jahren schon werden sie vielfach zur Vertretung mittlerer Beamten herangezogen. Dementsprechend soll für diese Beamten eine besondere Gehaltsklasse 11c geschaffen werden. Die Gehaltssätze für diese Klasse betragen künftighin 1500 bis 2000 Mk. mit sechs verschiedenen Gehaltsstufen. Die höheren Beamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung hatten bisher verschiedene Besoldungsklassen. Schon bei der Beratung der Besoldungsordnung von 1909 war in Aussicht genommen, ihnen ein in durchlaufenden Stufen von 600 Mk. bis zum Höchstsatz von 7200 Mk. ansteigendes Gehalt zu gewähren. Die Zahl der Beamten, die bei Gehaltssätzen von 6000 Mk. länger als drei Jahre stehen bleiben, wird immer größer. Die zur Verbesserung der Verhältnisse ergriffenen Maßnahmen (Vermehrung der Endstellen, Schaffung von Vizedirektorenstellen, Umwandlung von Inspektorstellen in Vizedirektorstellen) haben nur vorübergehend Erleichterung gebracht, eine dauernde Besserung der Mißstände aber nicht herbeigeführt. Ein befriedigender Zustand kann nur dann hergestellt werden, wenn die Beamten der Klassen 48 und 52 in die Klasse 57 aufgenommen werden. Das sieht der Gesetzentwurf vor, der rückwirkend mit dem 1. April 1919 in Kraft treten soll. Die durch die Aenderungen entstehenden Kosten werden auf etwa 2 150 000 Mk. geschätzt.

Ablehnung des Friedensvertrags durch die französischen Sozialisten.

A. **Zürich, 31. Juli.** (Eigene Drahtmeldung.) **Die offizielle sozialistische Partei Frankreichs hat beschlossen, gegen den Versailler Friedensvertrag zu stimmen.**

R. **Basel**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Havas berichtet aus Paris: Die vereinigten Sozialisten Frankreichs verlangen eine Woche Bedenkzeit, um den Generalbericht Barthous über den Friedensvertrag zu prüfen, den dieser nicht vor dem 9. August zur Verteilung bringen kann. Da die Generalräte erst am 18. August zu einer Sommertagung zusammentreten, sind die Abgeordneten der Ansicht, daß die Kammerdebatte erst am 25. August beginnen kann.

Der Versailler Vertrag vor dem Senatsausschuß.

Amsterdam, 31. Juli. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wird heute mit den Beratungen über den Versailler Vertrag beginnen. Die Verhandlungen werden vorläufig öffentlich sein, nämlich so lange, wie der Ausschuß die Sachverständigen hören wird, die über die Gebietsfragen, die Entschädigungen, die Wiedergutmachungen und verwandte Fragen Bericht erstatten werden, was mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Die Sitzungen des Ausschusses, in denen über die Einwürfe gegen den Vertrag beraten werden wird, werden unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden.

Der Senat hat beschlossen, über den amerikanisch-französischen Vertrag in öffentlichen Sitzungen zu verhandeln.

Straflosigkeit der Versailler Gewalttätigkeiten.

R. **Basel, 31. Juli.** (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Pariser Havasbericht ist die Untersuchung über die Vorfälle bei der Abreise der deutschen Delegation beendet worden. Es wird beantragt, die Angelegenheit niederzuschlagen, da festgestellt sei, daß die Deutschen lärmende Grüße gewechselt haben, wobei sie Hochrufe ausbrachten und gegen die Menge hin Grimassen schnitten und so die Proteste herausgefordert haben. (?) Ob die Menge Steine geworfen hat, konnte nicht (!) festgestellt werden.

Die theoretische Kostenrechnung des Verbandes.

R. **Basel**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Friedensausschuß der französischen Kammer nahm gestern den Bericht von Klotz und Loucheur über die Wiedergutmachungen und die finanziellen Bedingungen entgegen. Klotz machte darauf aufmerksam, daß die Verbündeten von Deutschland eine Kriegsentschädigung von zusammen über 1000 Milliarden Franken (!) verlangt hätten. Daraus ergebe sich, daß in einem Zeitraum von 75 Jahren nahezu 2000 Milliarden Franken einschließlich 5 % Zinsen hätten gezahlt werden müssen. Die Verbündeten seien der Ansicht gewesen, daß die Kraft Deutschlands nicht ausreiche, eine solche Schuld abzutragen. Sie hätten daher ihm nur die Pflicht auferlegt, den Betrag für die Pensionen, Unterstützungen und Wiedergutmachungen aufzuwenden. Die Höhe dieser Summe könne erst am 1. Mai 1921 festgelegt werden.

Der Prüfstein für die Elsaß-Lothringer.

⊙ **Paris**, 31. Juli. (Indirekter Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".) Das „Journal" beschäftigt sich heute mit der Sprachenfrage in Elsaß-Lothringen, der das Blatt große Bedeutung zumißt und die nach seiner Ansicht große Schwierigkeiten schaffen wird. Das Blatt hofft aber, daß die in der ersten Zeit etwas zugespitzte Lage dank des Patriotismus der Elsässer bald ihre Schärfe verlieren wird.

Wiederaufnahme des Postverkehrs mit Frankreich.

⊙ **Paris**, 31. Juli. (Indirekter Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".) Die Postverbindung mit Deutschland wird heute für Handelsbriefe, Kataloge, Freikurant und Warenproben wieder aufgenommen, während Privatkorrespondenzen nur auf Postkarten zulässig sind.

Die Demobilmachung in Amerika.

S. **Haag**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) **Wie der amerikanische Kriegsminister mitgeteilt hat, wird die amerikanische Armee bis zum 30. September vollkommen demobilisiert sein. Der Marineminister teilte mit, daß er und Präsident Wilson die für die Südsee bestimmte Flotte in San Franzisko besuchen und daß er dann mit der Flotte nach Honolulu fahren werde, um an der Verlegung der dortigen Trockendocks teilzunehmen.**

Amerikas Bündnisstimmungen.

Indirekter Dienst der „Deutschen Allg. Zeitung".

⊙ **Paris**, 31. Juli.

Der „New York Times" zufolge geht in Amerika die allgemeine Stimmung nach der Verlesung der Botschaft des Präsidenten dahin, daß der amerikanisch-französische Bündnisvertrag ratifiziert werden solle. Die Senatoren Borah, Johnson, Poindexter, Moses und andere opponieren jedoch weiterhin und erklären, daß der Kongreß allein über die Verwendung amerikanischer Streitkräfte zu verfügen habe. Wilson weist darauf hin, daß, im Grunde genommen, eine militärische Unternehmung auch künftig immer nur vom Kongreß beschlossen werden könne, auch eine militärische Aktion, die im Völkerbundsvertrag vorgesehen sei. Der Washingtoner Vertreter des „Echo de Paris" betrachtet gleichwohl eine Krise als bevorstehend. Nach seinen Auskünften soll der amerikanische Botschafter in Rom, Nelson Page, deshalb zurückgetreten sein, weil er in der Fiumefrage die italienischen Ansprüche begünstigt habe.

Der japanische Geschäftsträger besprach dieser Tage, wie aus Washington gemeldet wird, lange mit Staatssekretär Lansing die Schantungfrage. Japan möchte mit China direkt verhandeln und schlägt vor, daß die Eisenbahn Tsingtau—Sinanfu von China und Japan gemeinsam verwaltet wird. Tsingtau soll Freihafen werden, doch soll Japan dort eine Kolonie behalten dürfen. Japan würde seine Truppen zurückziehen, sobald China den Friedensvertrag unterzeichnet und sich der Abmachung mit Japan über die Verwaltung der zurückgegebenen Gebiete angeschlossen hätte.

Der amerikanische Kredit für Deutschland.

Eigene Drahtmeldung.

—l—. **Frankfurt a. M.**, 31. Juli.

Die „Frankfurter Zeitung" erhielt auf ihre Anfrage, wie es mit den Aussichten der Kreditgewährung für Deutschland in Amerika stehe, von ihrem New Yorker Vertreter folgende Antwort:

Durch Unterhändler sind sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages mit hiesigen internationalen Bankhäusern Verhandlungen eingeleitet worden, um für Deutschland Darlehen hier zu erhalten. Als Konkurrent für die deutschen Kreditbedürfnisse tritt England auf, das schon zur Stützung und Hebung seiner gefährdeten Valuta und zum Ausgleich seiner hochgradig passiven Handels- und Zahlungsbilanz mit Amerika dringend neuen Kredit in Wallstreet zu erhalten sucht. Am weitesten fortgeschritten sind die Besprechungen, die auf Finanzierung der für Deutschland nötigen Baumwollsendungen hinzielen. Indessen ist bis zur Stunde auf keinem Gebiet ein irgendwie endgültiges oder greifbares Endergebnis all dieser Besprechungen erzielt worden. Es hängt dies namentlich auch damit zusammen, daß das Bundesreserveamt durch entschiedene Einsprüche Schwierigkeiten macht. Diese Behörde steht nämlich auf dem Standpunkt, daß es unsolide sei, diese ihrer Natur nach doch nicht kurzfristigen Kredite nach Europa auf dem Wege des Akzeptkredits zu finanzieren. Ist so auf dem Gebiete der Finanzierung Deutschlands noch alles in der Schwebe und unsicher, so scheint der reine Handelsverkehr erheblich schneller in Gang zu kommen. Nicht weniger als neun Dampfergesellschaften erlassen in hiesigen Tageszeitungen Anzeigen, daß sie Dampfer nach Deutschland absenden werden.

Telegrammwechsel zwischen Renner und Müller.

Der österreichische Staatskanzler Renner hat folgendes Begrüßungstelegramm an den Reichsminister des Auswärtigen gerichtet:

Wien, 28. Juli.

Herr Reichsminister!

Durch den Willen der Nationalversammlung mit der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten betraut, begrüße ich Sie als Sachverwalter des Reiches, dem Deutsch-Oesterreich durch Volkstum und Geschichte am nächsten steht, erinnere Sie an die Tage unserer vieljährigen persönlichen Freundschaft und spreche die Hoffnung aus, daß diese der Aufrichtigkeit und Innigkeit der Beziehungen beider Staaten förderlich sein werde. gez. Renner.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat von Weimar mit folgendem Telegramm geantwortet:

Herr Staatskanzler!

Durch das Vertrauen der deutsch-österreichischen Nationalversammlung wurden Sie in einer für die deutsche Nation so schmerzlichen Zeit mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Deutsch-Oesterreichs betraut. Langjährige Freundschaft, die uns schon seit der Zeit vor dem Kriege persönlich verbindet, wird, so hoffe ich zuversichtlich, jetzt, wo das Schicksal gleich schwer auf den Völkern beider Staaten lastet, nur dienlich sein, wenn es gilt, die innigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufrecht zu erhalten, die wir nach außen zu vertreten die Ehre haben.

gez. Hermann Müller, Minister des Aeußern.

Der parlamentarische Beirat für das Rheinland.

Einem Wunsche der rheinischen Abgeordneten entsprechend wird der parlamentarische Beirat des Reichskommissars für die besetzten Rheingebiete nicht in Berlin, sondern in Köln am 3. August, nachmittags 4 Uhr, im Regierungsgebäude zusammentreten.

Schweizerische Sicherheitsvorkehrungen.

R. **Basel**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) **Wegen des Generalstreiks und auf Ersuchen der Baseler Regierung wird der Bundesrat die Einberufung eines Infanterieregiments und einer Kavallerieabteilung für heute abend 8 Uhr anordnen.**

Bela Khuns Einkreisung.

Von

Hermann Krause.

Wir haben vor etwa 10 Tagen auf die prekäre Lage hingewiesen, in die Bela Khun und die ungarische Räterepublik geraten sind. Allerdings war ein Waffenstillstand mit einem Hauptgegner, den Tschechen, zustande gekommen, aber die darin vereinbarte Räumung der Slowakei hatte stark demoralisierend auf die roten Truppen gewirkt, so daß ein Teil zur weißen Garde der Szegediner Gegenregierung absplitterte, ein anderer entlassen werden mußte und, was übrig blieb, nicht mehr als durchschlagskräftige, von dem Siege der eigenen Sache überzeugte Kampftruppe angesprochen werden konnte. Das Ultimatum des Verbandes, das Anfang Juli gestellt war und am 10. d. Mts. ablief, hatte allgemeine politische Wahlen, die Beseitigung der Räte und die Einrichtung einer Militärdiktatur unter französischem Befehl gefordert, gleichzeitig unmittelbaren Einmarsch im Falle der Ablehnung der Forderungen angedroht. Wir hatten es in dem Sinne gewürdigt, daß ihm zwar nicht die Tat unmittelbar folgen würde, daß aber der Druck von außen in Verbindung mit der Fäulnis von Innen der Räterepublik — wenn auch vielleicht nicht sofort — lebensgefährlich werden müßte.

Inzwischen haben die roten Truppen gegen die Rumänen an der Theiß eine so vollständige Niederlage erlitten, wie sie in ihren Einzelerscheinungen nur durch Demoralisation und Verzagen an der Sache sich erklären läßt, für die gekämpft wird.

Es ist ein Charakteristikum der bolschewistischen Regierungsform, daß ihre Träger, wie keine andersgeartete Regierung, die Kriegführung von der Politik nie trennen, sondern beide systematisch vollkommen vereinheitlichen. Je stärker die Niederlagen, desto größer die Propaganda, desto gewaltiger die Agitation. Kein Wunder, daß sich Bela Khun in dem Augenblick der größten Bedrängnis, ja man darf sagen, im Augenblick der Katastrophe an die Proletarier der ganzen Welt zugleich um Verständnis für seine Taten und um Hilfe gegen seine Feinde wendet. Am meisten fühlt er sich getroffen durch den Vorwurf des Verbandes, daß die Machtberungarischen Räterepublik nicht auf dem Volkswillen beruhe. Bela Khun beruft sich darauf, daß in Budapest bei den ersten Arbeiterratwahlen 500 000 Arbeitende abgestimmt hätten, in einer Stadt, die kaum eine Million Seelen zähle. Es ist schade für den Diktator, daß an diesem — seinem wichtigsten Argument — alles widerlegbar ist, weil nichts der Wahrheit entspricht. Die Zahl von 500 000 ist geschätzt, sicherlich tendenziös geschätzt und weit übertrieben, denn wenn selbst, wie Bela Khun es wollte, alle organisierten Arbeiter, gleichgültig ob männlichen oder weiblichen Geschlechts, selbst alle Dienstboten mitgewählt haben, so ist sicher diese Zahl nicht erreicht worden. Die große Beteiligung des Volkes sucht der Diktator durch den Vergleich mit der Gesamteinwohnerzahl Budapests darzulegen. Nur vergreift er sich auch hier, denn er nimmt die Zahl, die vor und noch im Anfang des Krieges richtig war. Seit den letzten Kriegsjahren, besonders seit der Revolution, während deren sich in der Hauptstadt alles zusammendrängte, zählt Pest, das eigentliche Ungarn von heute, 2 Millionen Einwohner. Sieht man sich nun etwas näher an, wie die Wahl seinerzeit zustande kam, so erkennt man deren vollkommene Einseitigkeit, die noch dazu durch das Wahlreglement zwangsmäßig aufrechterhalten wurde: die Geistlichen, Kaufleute und die sogenannten Lateiner, d. h. die Akademiker, die Aerzte, Rechtsanwälte usw. waren von der Wahl ebensosehr ausgeschlossen, wie die Geisteskranken. Schon diese Zusammenstellung zeigt die Eigenartigkeit der sozialen Psychologie des Pester Alleinherrschers und seine Vorstellungen von allgemeiner Wahl. Nun wurde weiter so verfahren, daß jedem Wählenden von den Mitgliedern der kommunistischen Partei die fertige Wahlliste eingehändigt wurde, an der aber bei Leibe nichts geändert werden durfte. Nur in einem Bezirk erlaubten sich die Wähler Veränderungen, und hier wurde folgerichtig die Wahl auch annulliert.

Aber wer nun meint, daß die aus so gewissenhaften Wahlen hervorgegangenen politischen Körperschaften wirklich Macht oder Einfluß auf den Gang der Politik der Räterepublik haben, der irrt vollkommen. Allerdings gibt es Arbeiterausschüsse, jeden gewünschten Formates, einen 86er, einen 150er, einen 500er Ausschuß. Nur haben diese Ausschüsse gar nichts zu sagen; sie werden immer vor vollzogene Tatsachen gestellt. Bloß zwei Leute regieren allein, selbstherrlich, absolut, in eigener Verantwortlichkeit, fast möchte man sagen: wie die Lenin und Trotzki von Gottes Gnaden. Hier ist es neben Bela Khun der frühere Volkskommissar Samueli, der blutige Unterdrücker der Gegenrevolution, der getrost neben dem Herzog Alba genannt werden kann. Er versieht sein Amt jetzt unter dem Zeichen eines Stadtkommandanten von Pest. Er könnte genau so gut der Generalgouverneur des Landes genannt werden, in der Bedeutung, die dieses Wort für die glaubenskonsequenten Statthalter der spanischen Habsburger hatte. Bei der völligen Ausschaltung der Arbeiterräte von aller Politik nimmt es nicht Wunder, wenn nach den letzten Meldungen von Wiener Zeitungen im Gegensatz zu dem Standpunkte der Pester Diktatoren die Arbeiterräte sich geneigt zeigen, auch über die sachlichen Forderungen des Verbandes, die sich auf einen Systemwechsel erstrecken, zu verhandeln.

Aber auf welcher Grundlage will der Verband eine neue Regierung errichten? Lassen sich in dem Chaos, das Ungarn heute darstellt, noch Spuren entdecken, aus denen man die wahrscheinlichen Linien einer künftigen politischen Entwicklung des Landes zeichnen kann? Der Verband hat viel versäumt; soviel ist sicher. Im Mai des Jahres sträubten sich die sogenannten Mehrheitssozialisten, d. h. die Partei, welche die Masse der vernünftigeren Fabrikarbeiter, etwa 20 % der Bevölkerung, hinter sich hatte, Bela Khun zu folgen. Der Volkskommissar Garami, der Führer der Mehrheitssozialisten, schied aus der Regierung aus, weil er sich sträubte, das Rätesystem mitzumachen. Damals hatte Bela Khun in Wirklichkeit kaum 200 überzeugte Kommunisten hinter sich und vielleicht etwa 2000 Leute, die nicht aus politischen, sondern aus Privatinteresse ihm folgten. Der Verband hätte im Mai die Hauptstadt mit 5000 Mann einnehmen und der Räterepublik ein jähes Ende bereiten können. Inzwischen aber haben sich die früheren Mehrheitssozialisten dem Diktator angeschlossen. Mit diesem allmählichem Fiasko der Untergrabung alles wirtschaftlichen Lebens, hat diese Partei ihr früheres Ansehen eingebüßt und würde besonders nach einem Umsturz nicht mehr als ein politischer Faktor in Betracht kommen, der wesentliche Volksteile hinter sich hat. Wenn nun die Arbeiterräte den Verband

haben wissen lassen, daß sie gegen eine Koalition zwischen Sozialisten einerseits, den Bürgerlichen und dem Adel andererseits sind, so mag das seine guten Gründe haben, nicht bloß vom Standpunkte der Sozialisten aus. Unter den Bürgerlichen ist die Masse der Landbevölkerung, unter dem Adel das Magnatentum zu verstehen, das die zur Revolution in Ungarn den vorwiegenden und traditionellen politischen Einfluß besaß. Einerseits hat die Landbevölkerung, die Reka Ungarn innerlich nie gefolgt ist, auch Abneigung gegen die früheren adligen Latifundienbesitzer, andererseits besteht zwischen den kommunistisch angehauchten Sozialisten und den adligen Gefolgsmännern der jetzigen Szegediner Gegenregierung eine so große Mißtrauenspannung, daß diese beiden extremen Gegner, wenn sie zusammen gespannt würden, auch bei anfänglich gutem Willen kaum imstande wären, ein und denselben Wagen zu ziehen. Die Szegediner Regierung hat einen wesentlichen politischen Einfluß bis jetzt nicht gewonnen, und wird ihn, wie immer die Verhältnisse sich entwickeln mögen, auch in nächster Zukunft kaum erlangen. Der Verband wird erkennen, daß die große Masse in Ungarn, d. h. in erster Linie die Landbevölkerung, der sich nach dem Fiasko der Räterepublik auch die entkräfteten städtischen Arbeiter anschließen werden, im wesentlichen bürgerlich-nationalistisch gesinnt ist. In diesem bürgerlichen Nationalismus liegt die sekunde Gegenbewegung gegen das krankhafte Chaos der Gewaltherrschaft der Räterepublik, und auf diesen breiten Massen bürgerlicher Gesinnung wird der Verband das neu einzuführende Staatssystem begründen können. Daß er eine Militärdiktatur einführen will, bedeutet nicht notwendig imperialistische Absichten. Denn der wilde Terrorismus, der besonders von der aus Moskau dem ungarischen Diktator zur Verfügung gestellten Leibgarde ausgeht, wird auch nach einem Umschwung noch nicht erlöst sein, sondern besonders ausgeübt werden müssen.

Wir haben noch vor 10 Tagen die Schwierigkeit betont, ein Horoskop für die politische Entwicklung in Ungarn in der nächsten Zeit zu stellen, wir haben auf die Regierung Lenins und Trotzkis hingewiesen, die unter ähnlichen Umständen ihr gewaltsames Leben seit langer Zeit weiter fristet. Aber die Räterepublik in Ungarn gleicht heute nur noch einer blutigen Schale, gegen die von außen feindlicher Druck, von innen die Zersetzung arbeitet. Daß sie zerschellt, ist sicher. **H. Kr.**

Bela Khuns Zuversicht.

Eigene Drahtmeldung.

P. Wien, 31. Juli.

Die heute hier vorliegenden Nachrichten aus Ungarn über die Verhandlungen der ungarischen Sozialisten mit der Entente lassen erkennen, daß seit einigen Tagen die Lage der Räteregierung wiedergefestigt ist und daß Bela Khun aufs neue hofft, an der Macht zu bleiben. Budin ist sehr ermüdet und niedergeschlagen aus Bruck zurückgekehrt. Bela Khun hat nämlich zum mindesten für seine Person jeden Rückzug abgelehnt. Die Besserung der Lage der ungarischen Räteregierung geht auf zwei Momente zurück. Die Ende der vorigen Woche erfolgte Niederlage an der Theiß erregte Panikstimmung, der Frauenaufstand wegen der Hungersnot mußte der Räteregierung zum Bewußtsein bringen, daß ihr Sturz bald erfolgen werde. Nun hat sich herausgestellt, daß es den Rumänen nicht gelungen ist, mit größeren Kräften über die Theiß zu gehen. Unterdessen haben die Verhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien einen Verlauf genommen, daß man jeden Augenblick mit dem Ausbruch eines Konfliktes rechnen muß. Beide sind daher bestrebt, für den Ernstfall sich den Rücken in Ungarn gedeckt zu halten, so daß Bela Kitti erklären konnte, er denke nicht daran, eine Aktion gegen das bolschewistische Ungarn zu unternehmen. Desgleichen haben sich die Südslawen von den Rumänen zurückgezogen und verschoben ihre Truppen von der ungarischen Grenze gegen die Adria hin. Der Gesandte Böhm setzt seine Verhandlungen mit Cunningham fort. Die wirtschaftlichen Verhandlungen über die Benutzung des Donauweges werden auf der bisherigen Grundlage fortgesetzt. Die Verhandlungen auf politischem Gebiete haben eine wesentlich andere Richtung eingeschlagen. Der Verband ist aber entschlossen, gegebenenfalls den Feldzug gegen Ungarn ohne Italien durchzuführen.

* * *

P. Wien, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Seit einigen Tagen gehen hier Gerüchte, daß Bela Khun tatsächlich die Absicht habe, nach Wien zu flüchten, wenn er gezwungen wäre, Ungarn zu verlassen. Er hält sich zurzeit in Bruck an der Leitha auf. In Budapest dauern die Besprechungen mit dem ungarischen Gesandten in Wien, Borsch, über die Bedingungen fort, die der Verband Ungarn für seine Unterwerfung auferlegen will. Auch in Budapest spricht man davon, daß Bela Khun nach Wien gehen würde, wenn ihm der Boden unter den Füßen brennen sollte. Es wird aber zwar für möglich gehalten, daß die deutsch-österreichische Regierung nichts gegen einen Aufenthalt Bela Khuns in Wien einzuwenden haben wird, doch glaubt man nicht, daß der Verband in diesem Falle auf eine Festnahme des derzeitigen ungarischen Regierungsoberhaupts verzichten wird.

Die ungarländischen Deutschen an das Internationale Proletariat.

Budapest, 31. Juli. In der heutigen Sitzung des Deutschen Landesrates wurde ein Manifest an das Internationale Proletariat angenommen, das gegen das Vorgehen der Friedenskonferenz gegenüber der deutschen Bevölkerung Ungarns protestiert. In der Räterepublik besitze das Land drei Millionen Seelen zählende deutsche Volk Ungarns volles Selbstbestimmungsrecht. Es wolle nicht an die „kapitalistischen Oesterreichs" verschachert werden. Das Manifest appelliert insbesondere an die deutsch-österreichischen, schweizerdeutschen und deutschamerikanischen Genossen sowie an das sozialistische Proletariat Deutschlands. Zum Volksbaustragten wurde Heinrich Kalmar, zum Volksbaustragten-Stellvertreter Viktor Kalmar, zu Mitgliedern des engeren Vollzugsausschusses Richard Schwartz, Andreas Leimeiter und Friedrich Mayer gewählt.

Fremdenausweisung aus Deutsch-Oesterreich?

P. Wien, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die heutige „Arbeiterzeitung" veröffentlicht den Wortlaut zweier Kundmachungen der Landesregierung, in denen alle Fremden aufgefordert werden, Deutsch-Oesterreich und Wien zu verlassen. Die Kundgebungen lauten:

„Mit Rücksicht auf die herrschende Lebensmittel- und Wohnungsnot werden alle Personen, die nach dem 1. August 1914 infolge der kriegerischen Ereignisse ihren Wohnsitz verlassen und sich nach Deutsch-Oesterreich geflüchtet haben und die nicht die deutsch-österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, aufgefordert, bis spätestens 15. August Deutsch-Oesterreich zu verlassen. Mit Rücksicht auf die herrschende Lebensmittel- und Wohnungsnot werden zum Verlassen des Staatsgebietes verpflichtet, welche seit schon vor dem 1. März d. J. ihren ständigen Wohnsitz in Niederösterreich begründet haben, aufgefordert, bis spätestens 5. August Deutsch-Oesterreich zu verlassen."

Außerdem enthalten beide Kundgebungen noch die Bestimmung, daß gegen Personen, die dieser Aufforderung nicht Folge leisten, mit Arrest bis zu 14 Tagen und mit der zwangsweisen Landesverweisung vorgegangen wird.

* * *

P. Wien, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die jüdische „Wiener Morgenzeitung" schreibt: Die vom Kabinettschef geplante Ausweisung der Staatsbürger der Successionsstaaten hat den Gegenstand wiederholter Konferenzen der Regierung mit dem Abgeordneten Stricker gebildet. Abgeordneter Stricker hat gegen die geplanten Maßnahmen die ernsten Bedenken erhoben und sie als ungerechtfertigt, undurchführbar und unmenschlich hingestellt. Es wurde nun Stricker seitens der Regierung mitgeteilt, daß seinen Vorschlägen Rechnung getragen werde, daß nämlich von einer Ausweisung abgesehen wird und daß man vorerst eine Untersuchung vornehmen wolle, um einen klaren Ueberblick über die Zahl zu erhalten und zu erfahren, welche Elemente abgeliefert werden können, ohne daß hierdurch ungerechte Härten verübt werden.

Gestreichelte deutsche Gefangene.

In einem Briefe eines deutschen Gefangenen aus einem amerikanischen Gefangenenlager in Frankreich, den man uns zur Verfügung stellt, heißt es:

Hier im Gefangenenlager wird unter den Kameraden aus Polen, Westpreußen und Oberschlesien polnische Propaganda getrieben. Die Amerikaner begünstigen sie. Seit gestern (7. Juli 1819) waren wieder zwei Damen und drei polnische Offiziere hier. Die Kameraden aus den besagten Gebieten liegen versammelt um uns. Als gestern unsere 16 ja, aufgerufen wurden, stellt jemand eine Anfrage, am Schluß wurde ein Hoch auf Polen ausgebracht und die Nationalhymne gesungen. Von unserer Seite wurde laut protestiert und als die Oberschaften fortgingen, blieb unser Hornist „Deutschland über alles". Bei der ganzen Sache waren drei amerikanische Offiziere dabei. Den Leuten wird vorgesprochen, daß sie heimkommen, es wird ihnen dann ein „Paß" vorgelegt, den sie unterschreiben müssen, und sie kommen dann fort. Anfangs mußten sie den Eid leisten, noch eine bestimmte Zeit in der polnischen Armee zu dienen. Was sie sich unterschreiben, weiß ich nicht. Sie können auf französisch die Uebung gar und wurden da bei ziemlich schlechter Kost ausgeboten. Das hat einer von seinem Lager direkt geschrieben und seinen Kameraden angeraten, zu unterschreiben. Aber die Leute sind ja zu dumm. Kommt dann ein polnischer Offizier und erzählt, daß sie nach Polen geschickt werden, so glauben sie den wieder. Zum Glück gibt es aber auch besonders viele Oberschlesier, die sich geweigert haben, zu unterschreiben. Sie kommen auch demnächst getrennt. Die eine Dame sah der Frau des Paketrevisors, die ich schon in amerikanischen Gefangenschaft abgeholt hab, sehr ähnlich. Es war rührend anzusehen, wie sie die Leute, von denen viele vier Jahre Krieg mitgemacht haben, streichelte.

Die „Freiheit" und die Wahrheit.

Das Organ der Unabhängigen veröffentlichte in der gestrigen Morgenausgabe einen Aufruf an die „Parteigenossen und Parteigenossinnen", in welchem aufgefordert wird, „Proteste kundgebungen zu veranstalten gegen den Belagerungszustand und die Schutzhaftschande, gegen die Diktatur der Soldateska, gegen das ganze schmachvolle Gewaltregiment im Innern." Wir sind es gewohnt, daß die „Freiheit" die Regierung in einer alle Grenzen überschreitenden Weise angreift und lassen in dem allgemeinen die maßlosen Uebertreibungen unbeachtet, in dem Bewußtsein, daß die große Masse der Arbeiter gerade durch die Schrankenlosigkeit der Angriffe abgestoßen wird und auch ohne Widerlegung erkennt, daß es sich um künstliche Mittel handelt, um eine im Ersterben begriffene Bewegung immer wieder nach zu halten. Von Zeit zu Zeit muß aber den Behauptungen entgegengetreten werden, weil die Parteiredner der Unabhängigen die von der „Freiheit" geprägten Schlagworte mit Vorliebe in den Arsenal verstärker Waffen einverleiben, das sie zur Gewinnung der fängeren und politisch ungeschulten Elemente zu gebrauchen verstehen.

Der Aufruf beginnt zunächst schon mit einer tatsächlichen Unrichtigkeit. Die „Freiheit" behauptet, daß die weitfälischen Arbeiter, die wegen ihrer Rädelführen und der Unverständigkeit, mit der die Verlängerung des Kohlen mit Kohle unentbehrliche Wiederaufnahme regelmäßiger Arbeit planmäßig hindern, auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes in Haft genommen worden sind, sich im „Zuchthaus" zu Werl befinden. In Werl besteht aber überhaupt kein Zuchthaus, sondern ein Gefängnis und in diesem werden die Häftlinge nicht als Strafe, sondern als Untersuchungsgefangene behandelt. Es muß ferner festgestellt werden, daß die in Haft befindlichen Arbeiter nicht etwa durch eine unangemessene Behandlung zum Hungerstreik getrieben worden sind. Dieses Mittel ist vielmehr durchaus freiwillig gewählt worden, um den Unabhängigen die Möglichkeit zu geben, der freilich an der Festigkeit der Regierung und die Erkennung der Sachlage seitens der Parteien gescheitert ist. Dieser Zusammenhang wird offenbar, wenn man feststellt, daß am 23. Juli etwa 30, am 27. nur noch 12 und am 29. nur noch 3 Häftlinge die Aufnahme der Kost verweigerten. Hätte die Nationalversammlung ihrem stürmischen Verlangen, der Unabhängigen nachgegeben, so wäre für jeden Untersuchungs- oder Strafgefangenen der Weg vorgezeichnet gewesen, auf dem er seine Freiheit wiedererlangen könnte. Von solchen Machenschaften lassen sich die Justizverwaltung nicht beeinflussen lassen, sonst würde die ganze Strafrechtspflege ihr Manken kommen.

Die „Freiheit" heklagt sich ferner über die Schwere der von den außerordentlichen Kriegsgerichten verhängten Strafen. Auch das ist kennzeichnend für die Mittel, mit denen das Blatt arbeitet. Niemals haben bürgerliche Gerichte so leichtfertige und blutige Urteile gefällt, wie die Revolutionsgerichte in Rußland, Ungarn und München, die Tausende von politischen Widersachern an die Wand gestellt haben. Wenn die „Freiheit" gegen den Belagerungszustand ankämpft, so gibt es ein sehr einfaches Mittel, diese Ausnahmegesetzgebung auszuschalten: das Blatt braucht nur seine Parteigenossen zu veranlassen, sich dem in der großen Masse des deutschen Volkes lebenden heißen Wunsche nach Ruhe und Ordnung zu fügen, und nicht eine Diktatur von wenigen aufrichten zu wollen, deren politisches Ziel es ist, Unruhe und Verunreinigung zu stiften, weil sie nur im Trüben zu fischen imstande sind.

Die „Freiheit" weiß darauf hin, daß Bebel oft aufgeführt habe, daß Hochverräter handle nicht ehrlos. Dieses Urteil können wir unterschreiben. Niemand, der aus politischer Ueberzeugung mit verständigen Mitteln versucht, die Staatsform nach seinen Idealen umzugestalten, wird nicht als ehrloser Verbrecher behandelt werden können. Das erkennt ja auch das Strafgesetzbuch an, das Zuchthaus nur bei ehrloser Gesinnung zuläßt. So ist z. B. in München auch gegenüber Toller verfahren worden. Wenn Levine anders behandelt wurde, so hat das dortige Gericht die Gründe dafür angegeben, und wenn die bayerische Regierung nicht Gnade vor Recht hat ergehen lassen, so hat auch sie hierfür ihre Gründe gehabt. Es ist aber ein ganz feiniges Mittel, diese Regierung, deren Vorgang dem Reichswehrminister oder der Reichsregierung zur Last zu legen. Die „Freiheit" weiß ebensogut, wie jeder Einsichtige, daß sie damit nicht ganz Fernstehende, daß gerade die Reichsregierung sich bemüht hat, die Erschießung Levines zu verhindern.

In dem Artikel der „Freiheit" ist dann auch wieder die alte Behauptung aufgestellt, der Oberleutnant Vogel sei mit Hilfe von Kameraden entflohen. Diese Angelegenheit ist vorläufig noch nicht aufgeklärt; aber daß die Regierung hierbei die Hände im Spiel gehabt hat, wird ja wohl auch die „Freiheit" nicht behaupten wollen. Aktenmäßig fest stehen aber die nachfolgenden Tatsachen, die beweisen, daß die Parteigenossen der „Freiheit" mit größter Bereitwilligkeit diejenigen Mittel anwenden, die sie bei ihren Gegnern als „Diktatur der Soldateska" kennzeichnen. Am 20. Juli 10 Uhr vormittags erschien im Zellengefängnis in der Lehrterstraße ein Schutz mit einem Entlassungsbefehl, durch welchen angeordnet wurde, daß die beiden dort in Schutzhaft befindlichen Kommunisten Schriftsteller Farwig aus Neukölln und Krankenbeamter W. Michalski aus Charlottenburg zu entlassen seien. Die vorgezeigte Urkunde war so täuschend gefälscht, daß die Freilassung anstandslos erfolgte. Zwei Stunden später wurde der gleiche Versuch im Untersuchungsgefängnis Moabit zugunsten des dort in Untersuchungshaft befindlichen Dr. Ernst Meyer gemacht. Es wurde eine Entlassungsanordnung, unterzeichnet von dem Kriegsgerichtsrat Stahl, vorgezeigt. Durch einen reinen Zufall, nämlich weil Kriegsgerichtsrat Stahl an diesem Tage im Büro des Untersuchungsgefängnisses anwesend war, wurde dieser Befreiungsversuch vereitelt. Auch hier war die Unterschrift so täuschend gefälscht, daß Herr Stahl erklärte, er hätte nach einem Jahre nicht mehr wissen können, ob er diese Urkunde unterschrieben habe. Wer mit solchen Mitteln arbeitet, sollte mit Vorwürfen gegen die politischen Widersacher vorsichtiger sein!

Die „Freiheit" stellt es so dar, als wenn die Regierung zunächst den Belagerungszustand verhängt und dann daraufhin die politischen Widersacher unschädlich gemacht hätte. Damit wird sie keinen verständigen Arbeiter fangen. Gerade das Umgekehrte ist der Fall. Die Parteigänger der „Freiheit" haben so lange mit gewaltsamen Mitteln das Wiedererwachen der Arbeitsfreudigkeit zu hindern gesucht und haben diesen Zweck trotz ihrer verschwindenden Minorität mit so brutaler Rücksichtslosigkeit durchgeführt, daß die Regierung zu dem ihr selbst sehr unbequemen Mittel des Belagerungszustandes hat greifen müssen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Der Aufruf schließt mit dem Bekenntnis, daß die Unabhängigen einen dauernden planmäßigen unermüdlichen und entschlossenen Kampf zu führen gedenken. So lange sie diese Kampfstellung behalten, wird die Regierung, die die Interessen des ganz überwiegenden Teils der werktätigen Bevölkerung zu vertreten hat, genötigt sein, auch ihrerseits alle Mittel zur Anwendung zu bringen, um die Ruhestörer unschädlich zu machen.

Die Treibereien der Kommunisten.

Bochum, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In Bochum war vorgestern in einer Demonstrationsversammlung eine Abordnung gewählt worden, um für die Freilassung der Gefangenen in Werl zu agitieren. Sie erschien beim Bürgermeister und forderte diesen auf, beim VII. Armeekorps in Münster darauf hinzuwirken, daß die Gefangenen in Werl freigelassen würden. Die Deputation drohte andernfalls damit, daß die Arbeiterschaft in den allgemeinen Ausstand treten würde. Es ist das jedoch bisher nicht geschehen, und es scheint auch unter den Arbeitern wenig Neigung zu bestehen, dieser Aufforderung von radikaler Seite nachzukommen. In Bochum ist tatsächlich zurzeit alles ruhig. Auch die kommunistische Partei in Duisburg benutzt den Hungerstreik der Gefangenen in Werl, um für eine allgemeine Niederlegung der Arbeit zu werben. Sie hat bisher damit keinen Erfolg gehabt. Lediglich die Zeche Diergardt ist in den Ausstand getreten. Die Gewerkschaften wie auch die gelamte übrige Arbeiterschaft verhalten sich gegen einen Generalstreik ablehnend.

Duisburg, 30. Juli. Die Belegschaft der Zche Diergardt trat morgens in den Ausstand. Der Grund hierfür ist ein Ultimatum der kommunistischen Partei und der Unabhängigen an General Watter und Reichskommissar Severing, worin sie die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in Werl fordern. Dem Ultimatum wurde nicht stattgegeben, worauf der Ausstand erklärt wurde. In den Flugblättern werden die Arbeiter aufgefordert, in den Generalstreik zu treten, bis die Forderung, sofortige Entlassung der Gefangenen in Werl, Aufhebung des Belagerungszustandes und Absetzung des Generals Watter erfüllt sind.

Kr. Oldenburg, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Lage in den Landbezirken ist unverändert. An einem Streik ist es nicht gekommen. Der Spartakusbund erläßt täglich Flugblätter, die sich hauptsächlich an die Kleinenlandwirte wenden und diese darauf aufmerksam machen, daß sie bei der Steuerpolitik der Regierung ganz bedeutend leiden würden. Das Ministerium der soziale Fürsorge in Oldenburg hat schon einige Gegenmaßnahmen getroffen, die so schnell wie möglich unter den Landwirten verteilt werden sollen. Ueber den Wortlaut eines Tarifvertrages mit den Landarbeitern ist Genaues noch nicht bekannt.

Bs. Halle, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Parteitag der Kommunisten Mitteldeutschlands faßte eine Entschließung zur Gewerkschaftsfrage, wonach er im Gegensatz zu der unabhängigen Gruppe und zur kommunistischen Zentralleitung die Beibehaltung selbstverwalteter Gewerkschaftsorganisationen verwirft und von den Mitgliedern den Austritt aus den Gewerkschaften verlangt. Ferner erhob er die Forderung zum Beschluß, das künftig alle Mitglieder, die in irgendeine öffentliche Körperschaft gewählt sind, sofort ihr Amt niederzulegen haben, andernfalls werden sie aus der Partei ausgeschlossen.

Die neue Oberschule.

Von

Professor **Dr. Walther Schoenichen, Berlin.**

Ein neuer Typ der „Oberschule" soll geschaffen werden — als ein Weg, der von der Volksschule unmittelbar zur Hochschule führt. An Benennungen für das neue Glied des künftig einheitlichen Schulorganismus fehlt es nicht — „Deutsche Oberschule", „Volksoberschule" u. a. m.; wohl aber fehlt eine sichere Vorstellung von der Struktur der neuen Schulgattung, Deutsch soll sie sein in ihrem unseren Wesen; nach der in ihr gepflegten Methode soll sie eine Arbeitsschule werden. Was aber sind ihre Bildungsstoffe, die dem Lehrplan das Gepräge, wie überhaupt sind noch aus.

Bei solchem Sachverhalt liegt es nahe zu fragen, ob in dem gegenwärtigen Arbeitsstand von höheren Schultyp solche Lücken nicht haben lassen, die ausfüllen der neue Schultyp berufen sein kann. Und bei dieser Bestandsuntersuchung dieser Frage wird man zweckmäßig vorfahren, wenn man die Psychologie der Begabungsrichtung zum Ausgangspunkt wählt. Stehen wir von der kindlichen Begabung — die wohl einer Sonderbetrachtung bedarf — ab, so kann man drei Hauptrichtungen der Veranlagung unterscheiden, die man kurz als die sprachliche die mathematische und die induktiv-beobachtende kennzeichnen darf. Daß sich diese drei in der mannigfaltigsten Weise miteinander gekreuzt und verbunden zu sein pflegen, doch so, daß in der Regel eine Komponente mehr oder weniger deutlich zu erkennen ist.

Das Gymnasium war gewissermaßen die hohe Schule für die sprachliche Veranlagung. Darum muß das Gymnasium als seinen wesentlichen Gattungsmerkmalen erhalten bleiben. Die gleiche, nicht zu erschütternde Daseinsberechtigung gebührt einem Schultyp von der Art der Oberrealschule, die die mathematisch-theoretischen Begabungsrichtung günstigsten Bedingungen der Entfaltung bietet. Beides zu verbinden versucht das Realgymnasium; es wird daher mit Recht als die „schwerste höhere Lehranstalt" bezeichnet.

Die Lücke liegt klaffend genug. Also ist der Schultyp, der den Jugendlichen mit der Dominanz „induktiv-beobachtend" gerecht wird? Oder ist diese Begabungsrichtung etwa deshalb bisher so wenig berücksichtigt worden, weil sie qualitativ für die „höhere" Schule ungeeignet ist? — ein Gewand, der entkräftet wird durch den Hinweis auf die psychische Artung eines Goethe, die alles Mathematische von sich abhielt und — abgesehen von dem Künstlerischen — vornehmlich in der Region des Induktiv-Beobachtenden ihren unendlichen Reichtum auftastete.

Vielleicht aber ist der in Frage stehende Typ der Veranlagung so wenig verbreitet, daß die Schulorganisation sich freilich mit ihm auseinanderzusetzen braucht? Freilich in Goethescher Vollkommenheit bleibt er ein Phänomen; aber in durchschnittlicher Entwicklungshöhe ist er außerordentlich häufig, wahrscheinlich sogar häufiger als die Sprachler und Mathematiker. Denn überraschend groß ist die Zahl derjenigen, die in Pflanzen- und Tierpflege und naturwissenschaftlicher Liebhaberei aller Art eine lustbetonte Beschäftigung finden und Befriedigung ihrer innersten Veranlagung, in der das induktiv-beobachtende Element unverkennbar nach Betätigung drängt.

Wir halten es für ausgemacht, daß bei der Neuordnung unseres Schulwesens unser dritter Begabungstyp endlich zu seinem Rechte kommen muß — was am einfachsten zu erreichen ist, wenn man ihm zweier Beibehaltung der bisherigen höheren Schulen) die neue Oberschule überläßt. Dies liegt um so mehr nahe, als diese noch mit starken Resten Planungen nur eine (neuere) Fremdsprache betreiben soll. Daraus ergibt sich von selbst, daß die Naturwissenschaften an den Bildungsstoffen der „deutschen Oberschule" einen hervorragenden Anteil erhalten müssen. Groß freilich ist die Gefahr, daß die Mathematik, auch an den bestehenden höheren Schulen sich zumungunsten der Naturwissenschaften zum Teil mehr als nötig breit macht, sich wiederum in den Vordergrund zu drängen sucht. Wir erhielten dann lediglich eine neue Form der Oberrealschule, und die oben nachgewiesene Lücke in der Schulorganisation bliebe weiter klaffend.

Dies muß verhindert werden, indem die beschreibenden Naturwissenschaften, deren Arbeitsfeld dem induktiv-beobachtenden Typ den denkbar günstigsten Nährboden bietet, eine breite Stellung in dem Lehrplan der neuen Schulgattung erhalten. Biologie, Geologie Mineralogie müssen in Verbindung mit der Chemie nunmehr die ihnen gebührende Geltung erhalten. Sie waren bisher sozusagen der „dritte Stand", den die bestsituierten, Sprachen und Mathematik, niederhielten. Heute muß ihnen die Bahn zum Aufstieg freigegeben werden.

Auf der in ihnen gebotenen Stoffen an Bildungswerten Gewähr dafür gibt, daß mit ihrer Heranzucht keine geistige Verarmung in die neue Oberschule einzieht, und daß sein Sinken des geistigen Niveaus für den Uebergang auf die Hochschule zu befürchten ist, dafür hat die unermüdliche Planterarbeit zahlreicher tüchtiger Fachleute während der letzten Jahrzehnte einen erfreulichen Nachweis gebracht. Vor allem gilt dies von der Biologie. Diese muß schon wegen ihrer unersetzlichen Bedeutung für die gesundheitliche Erziehung, von der der Wiederaufbau unserer Volkskraft wesentlich abhängig ist, künftig im Unterricht eine größere Rolle spielen als bisher. Im Bunde mit Geologie und Chemie weiterhin hilft sie den Grundstein legen für die staatsbürgerliche Erziehung, insbesondere für das Verständnis der wirtschaftlichen Grundlagen der deutschen Heimat. Ihre innige Beziehung endlich zu den tiefsten Fragen der Weltanschauung macht sie zu einer vorzüglich geeigneten Basis für den Ausblick ins Reich des Philosophischen.

Wir können daher getrost den Versuch wagen, auf dem noch unbebauten Felde der neuen Oberschule den beschriebenen Naturwissenschaften den ihnen zustehenden Raum zu überlassen und damit eine Lücke in unserem Schulwesen zu schließen, die ungerechterweise eine ganze Begabungsklasse unserer Jugend lichen bisher von einer höheren Bildung ausschloß.

Die den Kopf hinhielten. Im Juliheft des „Kunstwart" schreibt Fritz Zürchen: Ende 1914 machten sie zuerst aus. Es war in München am Schalter einer Unterstützungsstelle für Familien langste Wohnungsluftdusch: . . . . und glaub'n Sie denn, mein Mann kauften kalt'n ins Bier umsonst bin . . .' Ich habe dann nachschlagen lassen. Ihr Mann hat damit im Preßwirtshaus Hannover. 1915 wurden die Kopfbinhalter schon zahlreicher. Im Hofbräuhaus dörte ich einen klagen: „Sie, Kathi, warum kriegt der Kopf da draußen für nix und werde nix dafür?' . . .' Ich habe wieder nachgefragt. Ergebnis: Abstand von der Feuerlinie niemals unter 50 Kilometer.

Von 1916 an bemerkte man es sich mit Ungeduld um offene Stellen: beim Staat . . . und wenn ich da nicht kriegt, belchrer' ich mich draußen Tag und Nacht bin . . .' Der, den er angesprochen hatte —, gab nichts. Es ist ein ganzes Geschlecht jener, die ihn wirklich hingehalten haben, daß sie stumm sind.

Ab 1917 lieten sie mit vorgerecktem Köpfen auf die Dörfer: . . . . dort ist doch auch am Dorfe, Schmalz und Eier bitten, man kriegt Hunger, wenn man dritthalb Jahr den Kopf hinhalten hat, mein Lieber . . . .' Sah man näher zu, so hatte er sich die Uniform zum Hausierzweck geborgt gehabt, wobei er Mühe hatte, seine Buchtung zu unterdrücken.

Man hätte meinen sollen, Ende 1918 sei die Sittung ausgeworfen. Keine Spur. Mit den Aktenmappen liefen sie von Revolte zu Revolte, schwangen Arme: . . . . um für die Rechte der Entrechteten zu kämpfen, haben wir keine Gefahr gescheut . . .' Heute sind die Revolutionskapfbinhalter an der Reihe. Kommen morgen die Gegenrevolutionstopfbinhalter dran? Hätte doch die neue Zeit mit dieser Art aufgeräumt! Wir will aber scheinen, dichter seien sie gelst als je. Wie wenn nicht wären, wie . . .' Ja: sie wenn nicht wären, so, sie wäre wieder leben werter, diese Zeit.

Bemerkenswerte Untersuchungen über die biologische Wirkung der Röntgenstrahlen veröffentlichen in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" die Prof. Storm Van Leeuwen und Paul. Alle ihre Versuche haben ergeben, daß die tiefere Wirkung der Röntgenstrahlen um so viel größer ist als bei mittleren, schwächeren, und zwar teilte es sich heraus, daß die durch das Präparat adsorbierte Energie bei der Bestrahlung mit weichen Strahlen und 4 Millionen mal so groß ist als bei Hartstrahlen. Die mit einer Reihe von Lebewesen angestellten Experimente ergaben die Tötung von Bakterien (staccatum coli) bereits bei 100 Kilomilladungen, während 135 mal soviel Entladungen der Röntgenröhre imstande sind, ihr Wachstum in irgend einer Form zu beeinträchtigen. Versuche mit Larven der Urolest brachten ähnliche Ergebnisse. Der Anwendung der strahlenden Energie in Naturwissenschaft und Medizin ist hier ein ganz neues Gebiet erschlossen, das Wirkungsmöglichkeiten eröffnet, die bisher nur durch immer mehr wachsende Vergrößerung der Apparate erstreckt, aber doch nicht annähernd erreicht werden konnte.

Schuld und Recht.

Von

Willi Vesper.

Der Krieg ist nicht von heut, von gestern nicht!
Uralterbrauch, vergangener Geschlechter,
längst hingegangener Männer Tat erwacht!
Steht auf in unserm — in der Feinde Blut
ja allgewaltig drängt die Erde selbst,
der Boden, drauf wir stehen, Strom und Meer,
die Straßen die nach Ost und Westen wandern,
Berg, Tal und Wald, das alles teilt heut auf
und drängt zu diesem Kriege mit sich fort!
sich feindlich zu wie Menschen, eneinander.
Gemaltger Zwang und ehernes Gesetz
führt uns hinan schon ein Jahrtau end lang
an diesem Punkt vo unsre Wege sich
den andren feindlich zu entgegenstellen,
daß keiner welchen konnte, wollt er nicht
sich selbst verleugnen und die Väter und
alles, was lieb- und lebenswert ihm schien.
— Vielleicht nur Traum und Wahn und eitel Nichts!
Doch so gewaltig ist ihr einzig weit,
daß er den Tod und jedes Schrecknis lieber,
als dies zu missen, wählte.

So begann
der Krieg und jeder hatte Schuld
und Nichtschuld, ein Jahrhundert aufzuhäufen.
Und trägt sein Teil nun, dunkel für sein Teil,
bis einer siegt.

Der aber steht und spricht:
Wem also war das Recht und Gott mit mir!
Und alle Zukunft jubelt so ihm zu:
Dein war das Recht, das tiefste, das bewährte,
vorgenommene, das Gott gesprizt hat und
für dein bestanden, siebenmal geläutert
im grauenvollen Ofen dieses Krieges.

Geschrieben am 22. August 1916.

Obrimer Medizinalrat Professor Dr. Paul Förstinger wird am 1. August 70 Jahre alt. Er begann seine Laufbahn 1872 als Assistent am Pathologischen Institut in Jna, habilitierte sich 1876 in Erlangen und kam 1879 als Professor für Haut- und Kinderkrankheiten in Jna nach. Ferner leitete er die medizinische Poliklinik und hat später über gerichtliche Medizin und Hygiene. 1886 berufen er nach Berlin als Direktor des inneren Abteilung im Krankenhaus Friedrichshain über und wurde 1890 Mitglied des Medizinalkollegiums. 1903 trat er in den Ruhestand. Seine Publikationen sind überaus zahlreich und vielseitig. Von besonderem Wert sind seine Untersuchungen auf dem Gebiet der Sexualbiologie und -pathologie, und er mit ungeschwächtem Interesse bis zum heutigen Tag bearbeitet.

Die Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

Der Zusammenbruch.

Aus dem soeben erschienenen Weißbuche teilen wir aus der am 5. November 1918 zu Berlin stattgehabten Sitzung der Staatssekretäre die Schlußausführungen des Generals Gröner mit. Der General beurteilt die Lage im wesentlichen natürlich vom Gesichtspunkt des Militärs, was sich besonders in seinen Anschauungen über die Ursachen der Zersetzung an der Front und in der Heimat ausdrückt. In der damals entscheidenden Frage aber, ob weiterer Widerstand geleistet werden könne, wurde sein Gutachten doch maßgebend für den politischen Entschluß, die Waffenstillstandsverhandlungen nicht abzubrechen.

Im Anschluß an eine genaue Würdigung der sehr schwierigen Lage auf allen Fronten führte er aus, daß es im Westen oft nötig geworden sei, abgekämpfte und übermüdete Divisionen nach wenigen Tagen der Ruhe und ohne Zuführung ausreichenden Ersatzes weiter in den Kampf zu werfen. Er teilte sodann weiter mit:

Mit der Forderung des starken feindlichen Angriffe ist zu rechnen. Es ist daher mehrfach sehr ernst der Entschluß erwogen worden, die Armee in eine kürzere und kräftemäßigere Linie in der ungefähren Linie Antwerpen—westlich Brüssel—Charleroi—Maas zurückzunehmen. Dagegen sprachen aber schwerwiegende Gründe. Die politische Lage erforderte es, so lange als möglich größeren Geländeverlust zu vermeiden. Die vollständige Räumung des aufgegebenen Gebietes, in dem sich noch bis vor wenigen Tagen 80 000 Verwundete befanden und das mit ungeheuren Vorräten an Kriegsmaterial und Vorräten aller Art angefüllt ist, ist nicht unter mehreren Wochen durchzuführen. Die Eisenbahnlage im besetzten Gebiet, die sich jetzt äußerst gespannt ist, wird sich bei der Zurücknahme der Front durch den Verlust eines ungemein wichtigen Eisenbahnnetzes mit zahlreichen Leistungsfähigen Betriebsbahnhöfen auf neue heraus verschärfen, daß zwar eine notdürftige Versorgung der Truppen in der neuen Stellung durchführbar erscheint, die Möglichkeit zu schnellen Truppenverschiebungen hinter der Front aber nahezu aufhört. Auch führt jeder Schritt rückwärts zu einer Einschränkung unseres wirtschaftlichen Lebens und damit vor allem zur Schädigung unserer Kriegsindustrie.

Zimmermann vom O. H. L. den Unfall, weitere auszuweichen, nicht länger herauszuschieben. Ihre erste Pflicht ist und bleibt es, eine entscheidende Niederlage des Heeres unter allen Umständen zu vermeiden. Gelingt dem Feinde ein Durchbruch, so besteht aber diese Gefahr, die der O. H. L. über geringere kampftaktische Reserven nicht mehr verfügt. Schwenkt die nördliche Heeresgruppe nicht in die angegebene Linie zurück, so ist zu hoffen, daß für etwa 14 Tage schwere Kämpfe vermieden werden, damit etwas Zeit und Ruhe für die ermüdete Truppe gewonnen wird. **Die militärische Lage verbessert sich aber im großen nicht**, da die Stellung nicht fertig ausgebaut ist und die Eisenbahn- und Wirtschaftsfragen sich erheblich verschlechtern. Bei der Zurücknahme der Front ist es **nicht zu vermeiden, daß ein großer Teil Belgiens wieder schwer geschädigt wird.** Wenn auch durch schärfste Befehle jede Verwüstung des Landes verboten ist, so sind die aus militärischen Gründen notwendigen Zerstörungen und Härten für die betroffene Bevölkerung nicht zu vermeiden.

Die Berichte über die Stimmung im Heere lassen erkennen, daß einzelne Divisionen trotz langen Einsatzes und erheblicher Verluste sich verwendungsfähig schlugen, während andere, die frisch in den Kampf kamen, ohne klar erkennbare Gründe versagten. Jedenfalls haben die Waffenstillstandsangebot und die mitlosen und unaufriedenen Presseäußerungen verheerend auf die Stimmung gewirkt. Von allen Seiten wird immer wieder gemeldet, daß die auf der Heimat zurückkehrenden Urlauber und die aus dem Osten herangeführten Ersatzmannschaften die Stimmung ungünstig beeinflussen. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die letzteren häufig von bolschewistischem Geiste angehaucht sind. Wo es gelungen ist, die Stimmung festzuhalten, ist es insonderheit das Verdienst einzelner tatkräftiger Vorgesetzter. Sie sind von ausschlaggebender Bedeutung, alles zu tun, um das Offizierkorps durch Ausbildung, richtige Auslese und Erziehung wieder auf die Höhe zu bringen. Dazu ist aber erforderlich, daß auch in der Heimat alles getan wird, um die Stellung und das Ansehen des Offiziers wieder zu heben und jeder verhetzenden Propaganda scharf entgegenzutreten.

Beim Feinde sind die Verhältnisse traglos günstiger. Durch die große Zahl der Reserven ist er in der Lage, seinen Divisionen längere Ruhezeit zu gewähren. Seine nach übereinstimmenden Meldungen der Truppe schweren Verluste konnte er bisher noch verhältnismäßig schnell durch Einstellung von Ersatz ausgleichen. Immerhin mehren sich die Anzeichen, daß auch die feindliche Stimmung, vor allem bei den Franzosen, schlechter wird, und daß die feindlichen Angriffskraft nicht mehr mit aller Kraft geführt werden. Trotzdem hält unsere Infanterie der schwächlich angreifenden feindlichen Infanterie nicht immer Stand, wenn sie durch eine überwiegende Artillerie und zahlreiche Panzerwagen unterstützt wird.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die militärische Lage sich weiter verschärft hat. Wenn das Heer noch ungeschlagen ist, so ist dies dem in der Masse des Heeres noch vorherrschenden pflichttreuen und tapferen Geiste zuzuschreiben. Dieser wird mehr tritt im Kampfe hervor die Macht der einzelnen Persönlichkeit, ob Offizier oder Mann. Dort, wo in den Herzen der Führer und Mannschaften das heilige Feuer vaterländischen Empfindens glüht, wird auch die leuchtende Tat geboren, und der Ansturm des Feindes zerschellt an dem festgefügten Entschluß unserer braven Leute, das Leben für die Heimat hinzugeben. Wie soll es dem diesen Geist dieses Feuer erhalten bleiben, wenn aus der Heimat durch die Polemik der Presse, durch die zurückkehrenden Urlauber, durch die aus russischer Gefangenschaft zurückgeführten und Wiederaufgestellten einfache und die Truppen entnervende Gifte über das Heer ausgeschüttet werden. Was wir von der Heimat fordern, ist nicht Kritik und Polemik, sondern Stärkung und Stählung von Herz und Seele. Wenn nicht schleunigst Wandel geschieht, richtet die Heimat das Heer zugrunde. Das habe ich pflichtmäßig hier zu erklären. Ebenso hat mich der Generalfeldmarschall beauftragt, in der Frage der Abdankung des Kaisers wörtlich zu erklären, daß er sich für einen Schritt hielte, wenn er den Kaiser verlassen würde, und so, meine Herren, denke ich auch alle übrigbleibenden Generale. Wie sollen die Tausende und aber Tausende von tapferen Offizieren und Soldaten den Entschluß zum Opfertode finden, wenn in ihre Herzen und Gemüten der Zwiespalt hineingetrieben wird. Wovon mag in der Heimat keine Ahnung zu haben scheint, das ist die Moral, sagte der Heeres, das sind die Imponderabilien, auf denen der Gehorsam beruht.

Sodann fragt, ob die Hoffe gegen den Kaiser nicht auf, so ist das Schicksal des Heeres besiegelt, es sinkt zusammen. In der nach der Heimat zurückströmenden Soldateska bricht die menschliche Bestie hervor.

Der Generalfeldmarschall und meine Gesamtauffassung ist: Der schlimmste Feind, den das Heer sich zu bekämpfen hat, ist die Zermürbung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus.

Nur noch von kurzer Dauer kann der Widerstand sein, den der Heer dem Ansturm der äußeren Feinde bei deren gewaltigen Überzahl und angesichts der Bedrohung von Deutschland-Ungarn her zu leisten vermag. Eine genaue zeitliche Befristung des Widerstandes läßt sich nicht geben, da diese einerseits von dem Verhalten der Heimat, andererseits von den Maßnahmen und dem moralischen und materiellen Zustand des Heeres abhängt. Die Beurteilung dieses Faktors ist zu leicht Selbsttäuschungen ausgesetzt, weshalb ich mich einer Äußerung enthalten muß. Die Rettung des deutschen Reiches vor innerer Zerfetzung und Zerfall ist es, wenn das Gefüge des Heeres fest, der Wille zum gemeinsamen Vaterlande ungebrochen und der Geist im Gehorsam erhalten bleibt.

Scheidemann fragt, ob die neuen Einziehungen für die Stärkung der Kampfkraft des Heeres irgendwelche Bedeutung haben könnten.

Gröner: Die neueingestellten Leute würden nur zum kleinsten Teile an der Front zur Verwendung kommen. Sie können auch nicht gleich in die kämpfende Truppe, sondern müßten in die Rekrutendepots gestellt und ausgebildet. Erst wenn sie wieder fest geworden seien, würden sie zur Kampftruppe gebracht. Es sei unbedingt notwendig, diese Leute einzuziehen, weil wir auf alles vorbereitet sein müßten. Er verkenne nicht, daß dadurch Unruhe geschaffen werde. Um Ihn nicht auf diese Erfatzmannschaften sei aber angesichts der augenblicklichen Lage nicht möglich.

Erzberger: Die Grundgedanken der Ausführungen des Generals Gröner seien seiner Ansicht nach folgender:

1) Eine Verbesserung der militärischen Lage sei nicht zu erwarten;
2) Eine Zurücknahme bis an die Grenze sei in Aussicht zu nehmen.
3) Wie lange wir die Reichsgrenze vor die Maskimie halten können, sei ungewiß.

Könne General Gröner die Verantwortung übernehmen, daß noch weiteres Blut vergossen werde, wenn die Lage sich nicht verbessern lasse?

Gröner wünsche, daß der Bolschewismus bekämpft werde. Jahlreiche Nachrichten gingen aber dahin, daß die schlechte Stimmung von der Front nach der Heimat getragen werde.

Gröner: Die Fragen zu 1 und 2 könne er mit Ja beantworten. Für die dritte Frage könne er keine feste Frist angeben, da die Faktoren, welche den Widerstand verbürgten, nicht genau zu bestimmen seien. Bleibe die Armee im Geborsam und der ausgezeichnete Geist der Frontkruppen erhalten, so würden wir und in rückwärtigen Stellungen noch einige Zeit halten können. Es komme ganz darauf an, ob Gegner seine Angriffsmöglichkeiten ausnütze. Eine feste Zeit für den möglichen Widerstand könne er nicht angeben. Wir könnten aber dadurch Zeit gewinnen für die Fortsetzung der Verhandlungen. Es müsse aber von der Heimat gelegt werden, die Armee müsse festhalten bis zum Abschluß. Daß schlechte Stimmung von der Front in die Heimat getragen werde, sei schon möglich, es werde hier wohl eine Wechselwirkung stattfinden. Bliebe die Armee ungebrochen, so würden wir bessere Bedingungen erhalten und für den Aufbau im Frieden eine bessere Grundlage haben.

Die nötige Zeit für Verhandlungen wird sicher von uns geschafft werden. Wenn wir Glück hätten, könnte die Zeit länger sein, bei Unglück kürzer; danach müßten die Verhandlungen in taktischer Hinsicht eingerichtet werden. Deshalb erstrebe er engste Verbindung mit der Reichsleitung.

Auf die Frage, was General Gröner als äußerste Frist ansehe, wenn alle ungünstigen Umstände zusammenfielen, erwidert

Gröner: Gegenwärtig sei eine großzügige Rückzugsoperation eingeleitet. Diese sei bisher gut und glücklich verlaufen. Es komme darauf an, ob eine erhebliche Einwirkung des Feindes stattfinde, so insbesondere ob an einer bestimmten sehr wichtigen Stelle alle Angriffe restlos abgewiesen werden könnten. Er sei nicht in der Lage, die Frage einwandfrei zu beantworten und bitte, sich noch einige Tage zu gedulden, bis diese Operation beendet sei.

Aus den Ausführungen des Generals geht hervor, daß voraussichtlich der noch zu leistende militärische Widerstand nur von kurzer Dauer sein konnte, daß andererseits die Zersetzungserscheinungen im Heere schon zu weit vorgeschritten waren, als daß von der Hebung der Stimmung an der Front durch Beeinflussung von der Heimat her noch ein Erfolg hätte erhofft werden können. So mußte dann das Verhängnis seinen Lauf nehmen.

Reich und Bundesstaaten.

Mißbrauch der Briefzensur.

Weimar, 30. Juli. Um den Beschwerden des Berichts soweit entgegenzukommen, wie es mit den Rücksichten auf die Sicherheit zu vereinbaren, vereinbar ist, hat der Reichsminister des Innern, entsprechend der Anregung von ihm gegebenen Zusage, die Postüberwachungsstellen angewiesen, die gewöhnliche Postüberwachung nur noch stichprobenweise zu prüfen. Grundsätzlich sollen Briefe nach dem Auslande können beshalb von jetzt ab verschlossen aufgegeben werden. Einschreibebriefe, Wertbriefe und Postanweisungen sowie die Briefsendungen unterliegen dagegen nach wie vor der Prüfung. Es sind indes besondere Maßnahmen getroffen worden, um auch für diese Sendungen jede unnötige Verzögerung zu vermeiden. Die Telegraphenüberwachungsstellen sind angewiesen worden, künftig Telegramme ohne Prüfung zu befördern.

Einstellung des Luftverkehrs.

Der gesamte Luftverkehrsverkehr wurde wegen **Mangels an Betriebsstoff** gestern mittag 1 Uhr eingestellt.

Zeitweilige Betriebsschließung der Kieler Reichswerft.

Der Betrieb der Reichswerft in Kiel wurde auf vierzehn Tage geschlossen.

Aufhebung der Kautionspflicht der Reichsbankbeamten.

Eine im „Reichsanzeiger" veröffentlichte Bekanntmachung hebt mit sofortiger Wirkstellung die Kautionspflicht der Reichsbankbeamten zur Kautionsleistung auf. Die Rückgabe der Kautionen erfolgt nach näherer Bestimmung des Präsidenten des Reichsbankdirektoriums innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten der Verordnung. Für etwaige vor der Rückgabe eintretende Pflichtverletzungen bleiben die Kautionen verhaftet. Ihre Rückgabe wird in Höhe der Ansprüche ausgesetzt. Es über diese endgültig entschieden ist.

Groß Thüringen und die Kohlenversorgung Preußens.

Dr. **Halle**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Hallische Bergwerksverein, der alle großen Bergbaugesellschaften des Bezirks Halle und seiner weiteren Umgebung umfaßt, landete zur großthüringischen Frage an den preußischen Ministerpräsidenten und an den Handelsminister eine Entschließung worin er sich dagegen wendet, daß Teile der Provinz Sachsen zu Groß Thüringen geschlagen werden, weil dadurch die preußischen Braunkohlenbergbaugebiete zerschnitten würden. Preußen könne aber nach Abtretung des Saargebietes und Oberschlesiens nur als ein und der Braunkohlenbergbau ist im besonderen Maße eine Stütze der staatlichen Wirtschaft Preußens.

Abordnung des Memelgebiets nach Paris und London.

Dr. **Königsberg**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Führer aller deutschen politischen Parteien beauftragten, durch Vermittlung der Berliner Regierung eine Abordnung nach Paris und London zu entsenden, um Klarheit über das Schicksal des Memelgebietes zu erlangen und die Wünsche der Bevölkerung vorzutragen.

Original ist seit Wochen abwesend. Sein Aufenthalt ist unbekannt.

Rückkehr des bayerischen Landtags nach München.

M. **München**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Rückkehr des Landtages nach München ist nach einem heutigen Beschluß des Ältestenrats auf den 15. August festgelegt worden. Der Rat der Arbeit soll in München erledigt werden, d. h. also die Steuervorlage und der Nachtragsetat. Der Landtag wird am 15. August im Sonderzug nach München zurückkehren.

Rietsch abermals verhaftet.

M. **München**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der frühere Präsident des Zentralrats und jetzige Führer der Unabhängigen in Augsburg, Johann Rietsch, ist wegen revolutionärer Umtriebe und Propaganda für eine neue Räterepublik wiederum verhaftet worden. Rietsch war bekanntlich zu einer zweijährigen Festungshaft verurteilt, und es war ihm Strafaufschub mit der Bedingung gewährt worden, daß er sich aller revolutionärer Umtriebe enthalte. Im Augsburger Stadtrat stellten die Unabhängigen einen Antrag, wonach der Stadtrat wegen dieses Gewaltakts protestieren sollte. Der Stadtrat lehnte mit allen Stimmen, auch denen der mehrheitssozialisten, gegen die der Unabhängigen den Antrag ab.

Die Fürsorge für die Pfalz.

M. **München**, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Gestern fand eine öffentliche Sitzung des bayerischen Landtages in Bamberg statt, in der eine Reihe Anfragen erledigt und das Ersuchen an die Regierung gegen die unteren Umsätzen vom Handel gegen die zwei Stimmen der Unabhängigen angenommen wurde.

Am Schlusse der Sitzung wurde die Interpellation über die Fürsorge für die Pfalz vom Ministerpräsidenten Hoffmann beantwortet. Der Ministerpräsident erklärte, daß Regierung und Landtag gegenüber allen Versuchen der Zerspliterung und des Abfalls darin einig seien, die Pfalz bei Bayern zu erhalten. Er entwickelte dann ein sehr umfassendes und eingehendes Wirtschaftsprogramm, das für die Pfalz aufgestellt ist und alle Zweige von Handel, Industrie, Gewerbe, Kunstwirtschaft und auch alle kulturellen Notwendigkeiten und Kunstfragen umfaßt. Dieses Programm soll schleunigst zur Tat umgewandelt werden und so den Pfälzern zeigen, welches tiefvorragende Interesse Bayern an einem seiner wichtigsten Bestandteile nimmt. Das Haus schloß sich dem Wunsche des Präsidenten an, das die Pfalz Bayern erhalten bleiben möge.

Organisation der Auswanderungsinteressenten.

Am 27. und 28. Juli tagten in Berlin zwei gut besuchte Versammlungen von Auswanderungsinteressenten aller Gattungen die zu sehr bemerkenswerten Ergebnissen kamen.

Es soll eine allumfassende Arbeitsgemeinschaft der an der Auswanderung interessierten Stellen geschaffen werden, um die drohende Zersplitterung und Verzettelung der Kräfte zu vermeiden und um unsolvente Elemente beseitigen zu können. Diese Arbeitsgemeinschaft setzt sich aus fünf Gruppen zusammen: den eigentlichen Vereinigungen von Auswanderern, den nationalen politischen und wissenschaftlichen Vereinen, den wirtschaftlichen Verbänden, den Berufsvorbänden und Generalsekretären, den rein erwerbsgeschäftlichen Stellen und Firmen.

Jede dieser Gruppen soll aus sich selbst heraus einen Vertreter und zwei Stellvertreter wählen, die von Zeit zu Zeit wechseln. Die fünf Gruppenvertreter haben zusammen den Kopf dieser gesamten Arbeitsgemeinschaft, der die Wünsche und Fragen der Gruppen berät, vorarbeitet und zum richtigen Ziele leitet. Damit ist zweifellos ein ganz großer Schritt vorwärts getan. Auf diese Weise wird tatsächlich eine Einigkeit zu erzielen sein. Die bisherigen Zusammenschlußversuche krankten daran, daß man unterich ebenso alle Vereinigungen erfassen wollte. Die Folge war natürlich, daß die eigentlichen Auswanderer-Vereinigungen in den Hintergrund gedrängt wurden, während es doch gerade auf sie und ihre Meinungen und Wünsche in allererster Linie ankommt.

Wie wir hören, sind die Vorarbeiten für die Zusammenfassung der einzelnen Gruppen bereits tatkräftig in Angriff genommen.

Die Vertragsablösungsordnung im Ausschuß.

Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung setzte heute über den Entwurf einer Vertragsablösungsordnung, die den Ausschuß in zwei vorausgegangenen vertraulichen Sitzungen bereits beschäftigt hatte. Die Vorlage bestimmt in § 1, daß die von der Heeres- und Marineverwaltung in Pacht genommenen Grundstück, Gebäude usw. vom Reichsfinanzministerium gekündigt werden können.

Bei der Beratung der Vorlage, Kündigung zwar unter Einhaltung der gesetzlichen Frist, Entschädigung aber nur auf Antrag und aus Billigkeitsgründen, wurde vorausgehende die Frage erörtert, ob der Wunsch der Angemessenheit mit der Volksversammlung zur Entscheidung vorliegen solle. Nach längeren Erörterungen, wurde diese von einstrattiver Seite erhobene Forderung fallen gelassen. Eine eingehende Aussprache hatte auch die Entschädigungsfrage aus, die sich durch drei Sitzungen hinzog.

In der heutigen Sitzung verlangten Redner der Deutschnationalen wie der Demokraten eine Entschädigung der Besitzer für den Schadenausfall durch Mitteln des Reiches. Der Reichsfinanzminister Dr. Mayer betonte gegenüber den verschiedenen Einwendungen: Der Beurteilungszeitpunkt und dessen einzelne Bestimmungen sind verantwortlich durch die Notwendigkeit, die zahlreichen Grundstücke, welche von der Heeres- und Marineverwaltung für Kriegszwecke in Anspruch genommen waren, abzulösen. Er bandele sich um Tausende von Grundstücken, die beträchtlich, die auf Grund des Bundesratsgesetzes abgelöst seien, auch von solchen, die vor dem Kriege auf Jahrzehnte hinaus vergeben sind. Das Reich ist dabei mit Millionen gebunden. Im Hinblick auf die falsche Einzahlung des Reiches wie auf das Recht empfinden des Volkes könne es nicht angenommen werden, daß Interessenten, die auch die Vertragsablösliche frei gewonnen und als ungerechten gelten können, auch noch eine Entschädigung zu zahlen. Der Vertragsentwurf hat deshalb den Zweck des Schadens ausgeschlossen als im ungerechten Gesetzbuche gelacht, so daß für entgangenen Gewinn keinesmegs eine Entschädigung gewährt werden soll. Eine Entschädigung soll nur auf Antrag und dem Vorliegen von Billigkeitsgründen durch Entscheid des Reichsfinanzministeriums gewährt werden.

Der Minister erklärt, es sei der Fassung der Vorlage zu belassen, die man potentiell und reellen Laien noch nicht vom Reiche aus, das seine Grenzen nur mit Blut und Not in Ordnung bringen könne, für abgeltende Verträge auch noch eine weitere Entschädigung gewähren könne.

Diese Ausführungen fanden im allgemeinen Zustimmung. Die §§ 1 bis 5 wurden unverändert angenommen. Zu § 6 liegt ein Antrag vorgelegt, in welchem ausgesprochen ist, daß wenigstens der effektive Schaden durch das Reich ersetzt werden kann; damit sollen spekulierende Vertragsverschiebungen, die unter normalen Verhältnissen, also vor dem Kriege, eingegangen worden sind, berücksichtigt werden.

Die Beratungen werden abgebrochen.

Protestversammlung der sozialdemokratischen Partei.

Die sozialdemokratische Partei hatte am Donnerstag nachmittag ihre Anhänger sowie das demokratisch gesinnte Bürgertum aufgerufen um an Protestversammlungen teilzunehmen, in denen die S. P. D. für „die Solidarität der internationalen Proletariats", gegen Terror und Gewalttätigkeit der politischen Brunnenvergifter, denen das Volkswohl gar nicht, der Parteiinteressen aber alles sei" protestiert werden sollte. Die Versammlungen, die in verschiedenen Stadtteilen stattfanden, verliefen im allgemeinen ohne ernste Zwischenfälle. Die U. S. P. D. hatte ihre Mitglieder zwar offiziell vor dem Besuch dieser Versammlungen gewarnt, um Zusammenstöße zu verhindern, doch machten sich in den Sälen Spuren einer starken Unterströmung der Unabhängigen und Kommunisten bemerkbar, die stürmisch verlangten, daß auch ihre Redner zum Wort gelangten.

Der Saal des Gewerkschaftshauses war überfüllt. Vorwärts-Redakteur Fichter trat mit warmen Worten für die Wiederaufrichtung der Internationale und die kosmopolitische Arbeitersolidarität ein. Bezüglich der inneren deutschen Politik und besonders des Bruderkampfes im deutschen Proletariat schlug er eine versöhnliche Note an. Scharf polemisierte er gegen die imperialistische Lenkung des internationalen Kapitals. Die deutsche Revolution bezeichnete er als einen Betriebsunfall der kapitalistischen, imperialistischen Herrschaft. Er betonte, daß es unerläßlich sei, neben der politischen Demokratie eine wirtschaftliche Demokratie aufzurichten und damit den Einfluß, den das Proletariat innerhalb der Betriebe genommen habe, zu befestigen. Unter großem Beifall, auch seitens der Unabhängigen, trat er, daß das persönliche Schicksal irgendwelcher politischer Führer wie Scheidemann, Noske, Haase oder Breitscheid für das Proletariat und den Sozialismus völlig gleichgültig sein müsse. Er mahnte zur Rückkehr zu sachlich ruhiger Erörterung aller Streitfragen unter Ausschaltung aller Gehässigkeit und brutaler Gewalt im Bruderkampfe.

In den Germania-Sälen in der Chausseestraße sprach Heilmann. Er polemisierte gegen die rechtsstehenden Parteien und gegen die Unabhängigen und Kommunisten, welche seine Ausführungen überaus lärmend aufnahmen. Verschiedene der Hauptschreier mußten an die frische Luft gesetzt werden. Lärm und Heiterkeit erregten Heilmanns Ausführungen, daß sich Karl Marx bereits im Jahre 1914 als Gast eines Armee-Oberkommandos in Belgien im Offizierkasino an einem Kaiserhoch beteiligt habe. Die bekannte Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August 1914 sei den Sugo Haase abgegeben worden. Die Unabhängigen hätten sich durch Annahme der Stimmung in den Ententeländern gründlich getäuscht. Sie glauben gar nicht an die Weltrevolution und benutzen sie nur als Schlagwort für ihre Agitation. Der Zar Nikolaus sei zwiefach, doch nur der deutsche Michel sei Internationale somit nehme. Die Arbeiterschaft in den anderen Ländern bekümmere sich nicht darum. In beiden Sälen wurde die folgende Entschließung angenommen:

„Die heutige Versammlung der Sozialdemokratie erklärt sich einig mit dem Weltproletariat, das im Siege des Entente-Kapitals und dem daraus erwachsenden Gewaltfrieden das schwerste Hindernis für den internationalen Wiederaufbau des Sozialismus erblickt. Wie sie sich bisher bemüht hat, daß aus diesem Frieden niemals Heil für die Arbeiter aller Länder erwachsen kann, so wendet sie sich noch schärfer gegen die verbrecherischen Gewaltakte des durch die Revolution betätigten Regierungssystems, die den Selbstverwaltungswillen des deutschen Volkes schmählich mißbraucht haben und deren Schuld am Ausbruch und an der Verlängerung des Krieges und der daraus erwachsenen Niederlage nunmehr hinreichend erwiesen ist. Zu gleicher Zeit aber bedauert die Versammlung, daß die Kampfbereitschaft der Unabhängigen und Kommunisten unter Verachtung aller Grundsätze der Sozialdemokratie und der politischen Gesittung der Arbeiterklasse die Einigkeit und Schlagkraft des Proletariats zerschlagt und damit Wasser auf die Mühlen der Reaktion treibt."

Personalnachrichten.

Der bayerische Polizeidirektor, Geheime Oberregierungsrat Freiherr von Welser, ist zum vortragenden Rat im Reichsministerium des Innern ernannt worden.

Mit der Leitung der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft (Soziallernungsamt) in Dresden ist nunmehr endgültig Max Schippel als Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beauftragt worden. Seine Übersiedelung nach Dresden erfolgt am 1. August. Wie uns ferner berichtet wird, wurde Landgerichtsdirektor Dr. Wagner in Dresden, deutschnationaler Abgeordneter der sächsischen Volkskammer und früherer Reichstagsabgeordneter in Freiberg in Sachsen, zum Präsidenten des Landgerichts Zwickau ernannt.

Der Königlich württembergische Gesandte Baron Geyer hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit werden die Geschäfte der Gesandtschaft von dem Ministerresidenten Bonthker Clifford Koch van Breugel geführt.

Aus Groß Berlin.

Schrippen aus eigenem Mehl! Der Lebensmittelverband Groß Berlin hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Bäckern zu gestatten, Schrippen herzustellen aus dem Mehl, das die Hausfrauen ihnen zu diesem Zwecke bringen. Der Bäcker ist indessen verpflichtet, den Kunden ein Pfündlein an Gewicht mehr an Schrippen zu liefern, als er Mehl bekommt. Die Bäcker darf für das Herstellen der Schrippen einen Backlohn von 25 ₰ für jedes Pfund Mehl berechnen. Der Verkauf von Schrippen in Bäckereien, Gaswirtschaften, Hotels rc. bleibt untersagt. Zuwiderhandlungen unterliegen strenger Bestrafung.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug Ende der letzten Woche, mit alleinigem der größeren Vororte, 147 893 (Ende der vorletzten Woche 155 502).

Neukölln für die Einheitsgemeinde. Der Magistrat von Neukölln hat eine Eingabe an das Ministerium des Innern gerichtet, in der eine Erweiterung der im Entwurf vorgesehenen Abgrenzung gewünscht wird, dergestalt, daß insbesondere die Waldvororte des Zweckverbandes und Gebiete und Gemeinden, deren wirtschaftliche Interessen eng mit Groß-Berlin verknüpft sind, wie Wohnsdorf, Alt-Glienicke, Grunewald, Zehlendorf, Steglitz, Groß-Lichterfelde, Schmargendorf, Staaken, Grünau, mit in das neue Stadtgebiet fallen. Ebenso sollen die Grenzen sowie eine Anzahl der in Aussicht genommenen Distrikte einer Revision unterzogen werden. Aus empfehlenswert wie es bedeutet, die Gemeinden Tempelhof, Britz, Buckow und Rudow mit Neukölln zu einem Verwaltungsbezirk zu vereinigen. Die im Entwurf vorgesehene Anzahl von Stadtverordneten sowie Magistratsmitgliedern erscheint zu gering. Auf höchstens 15 000 Einwohner müßte ein Sitz Verordnetenmandat entfallen. Hinsichtlich der Magistratsmitglieder wird eine Erhöhung auf 48 in Vorschlag gebracht. Für die Bezeichnung der neuen Großstadt schlägt Neukölln den Namen „Berlin" vor.

Fahrplanänderung. Vom 1. August d. J. ab fallen die Schnellzüge Nr. D 17 Hannover ab 7.21 vorm., Berlin F an 11.56 und Nr. D 18 Berlin F ab 7.36 nachm., Hannover an 12.14 nachts aus.

Einwirkung der Heizstoffe auf Wiederhäutigkeit. Eine Bestimmung der Vorschriften des zweiten Wintererlasses Einigungsamtes hat einstimmig ihre Ansicht dahin geäußert, daß die Verordnung über die Einwirkung der Heizstoffe auf Mieterhöhrtritte vom 23. Juni d. J. in der vorliegenden Fassung nur auf Preisvereinbarungen Anwendung finden kann, die vor dem 5. November 1917, dem Tage des Inkrafttretens der Verordnung über Sammelheizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen in Mietshäusern vom 2. November 1917, getroffen sind.

Das Reichsschatzministerium verlegt in diesen Tagen die Abteilungen I und II aus der Hauptbrücke nach dem Dienstgebäude Berlin W 10, Viktoriastraße 34.

Als Mexikaner treten zwei Schwindler auf, die es auf Auswanderungslustige abgesehen haben. Sie schildern das Leben in Mexiko in den schönsten Farben und erklären sich schließlich bereit, Auswanderungslustigen gegen eine angemessene Vergütung Pässe zu besorgen. Besonders machen sich die Schwindler an Offiziere heran und versprechen diesen Anstellung beim mexikanischen Generalstab. Auch hierfür erheben sie von denen eine Vermittlungsgebühr, um dann nichts mehr von sich hören zu lassen. Erst wenn die Auswanderungslustigen sich später an die hiesige mexikanische Gesandtschaft wenden, stellt es sich heraus, daß sie Schwindlern ins Garn gegangen sind. Die Klagefragen bei der Gesandtschaft lassen erkennen, daß die Gauner eine ganze Anzahl Opfer gefunden haben. Es sei hiermit vor ihnen gewarnt.

Letzte Meldungen.

Rückkehr der Regierung nach Berlin.

Wie die „P. P. N." aus Weimar erfahren, wird die Reichsregierung heute nach Berlin zurückkehren.

Die Souveränität über die abzutretenden Gebiete.

Die Havas-Meldung vom 30. Juli, wonach Deutschland den von den Verbündeten vorgeschlagenen Uebergang der Souveränität über die abzutretenden Ostgebiete an Polen durch eine Note des Freiherrn von Lersner zurückgewiesen habe, ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht nur vollkommen aus der Luft gegriffen, sondern erscheint auch dem Sinne nach unverständlich. Die rechtliche Stellung der abzutretenden Gebiete ist durch den Friedensvertrag geregelt. Es liegt kein Grund für Deutschland vor, schon jetzt die Souveränität hierüber aufzugeben. Diesbezügliche Verhandlungen sind selbstverständlich nicht gepflogen worden. Die deutsche Regierung hat lediglich von dem Verband die Eröffnung direkter vorbereitender Verhandlungen mit den Polen über Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen angeregt, und die alliierten und assoziierten Regierungen haben ihr Einverständnis hiermit erklärt unter dem Vorbehalt, daß Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen an den Beratungen teilnehmen. Bei Verhandlungen dürften in den nächsten Tagen in Berlin beginnen.

Mißdeutungen für Deutsch-Oesterreich.

P. **Wien**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie verlautet, haben die hier weilenden Ententekommissionen die deutsch-österreichische Delegation in Saint Germain nach Kräften unterstützt. Ihre erste Handlung war ein Mißvorschritt bei ihren Regierungen, um eine Milderung der finanziellen Bedingungen herbeizuführen, die zweite, um die Notlage der Wiener Bevölkerung, vor allem aber die in der Kohlenversorgung zu mildern. In Saint Germain ist die Stimmung zuversichtlich, da man auf ein großes Entgegenkommen des Verbandes rechnet, wenn dies nicht durch Engherzigkeit durchkreuzt wird.

Ein neuer Vorstoß gegen Petersburg.

St. **Helsingfors**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Ein ingermanländisches Freikorps, das sich seit Wochen bei Kirsala östlich der finnisch-russischen Grenze gegen die Bolschewisten verteidigt, hat einen Vorstoß in der Richtung auf Petersburg unternommen. Die finnländische Regierung stellt entschieden jeden Zusammenhang mit dem Unternehmen in Abrede. Die Bolschewisten melden die Einnahme von Tscheljabinsk östlich des Ural.

Die fremden Diplomaten bei Präsident Stahlberg.

St. **Helsingfors**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Präsident Stahlberg empfing heute die Vertreter der ausländischen Mächte im Gesandtenrang. Staatsminister Castren begab sich nach dem norofinnischen Badeort Nunni, um General Mannerheim zu ersuchen, einen hervorragenden Polen im finnländischen Staatsdienst anzustellen. Man meint, daß Mannerheims Antwort für das Verbleiben mehrerer Minister im Amte entscheidend ist.

Wien, 31. Juli. Das Riesenflugzeug „R 66" der deutschen Luftschiffreederei, das mit 22 Personen den Flug von Kamenez-Podolsk nach Wien machte und auf dem Flugplatz von Aspern landete, wurde nachmittag von Militärflieger mußten, von der verbündeten Kommission beschlagnahmt. Das Flugzeug bleibt unter dem Schutz der Italiener, auf dem Flugfelde stehen, da es an einem entsprechend großen Schuppen mangelt.

S. **Haag**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die in Leede zusammengetretene Konferenz der Grubenbesitzer und Bergarbeiter ist wieder auseinandergegangen, ohne zu einem Ergebnis gelangt zu sein.

S. **Haag**, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In ganz England droht für nächsten Sonnabend ein allgemeiner Bäckerstreik.

Amsterdam, 31. Juli. Einer Reutermeldung aus Ottawa zufolge wird die kanadische Regierung die von ihr aufgekaufte Weizenernte zum Vorkriegspreis verkaufen. Spekulationen und Unterhändel werden nicht geduldet.

Freilassung des Kapitänleutnants Kiesewetter. Kapitänleutnant Kiesewetter, der Kommandant des in Spanien internierten gewesenen U-Bootes, der trotz Zusicherung freien Geleits im Tower in London in Einzelhaft festgehalten worden war, ist nach dreimonatiger Haft wieder entlassen worden und nach Deutschland zurückgekehrt.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Deutsche Volkswirtschaft.

Die Entwicklung der deutschen Sparkassen im Juni. Die Hochflut des Spareinlagenverkehrs scheint der Zeitschrift „Sparkasse" zufolge für einige Zeit vorüber zu sein. Der Juni hat zwar immer noch einen Zuwachs gebracht, der auf mindestens 100 Millionen Mark geschätzt werden kann. Es ist dies ein Betrag, der in Friedenszeiten in diesem Monat auch nicht annähernd erreicht worden ist. Im Gegenteil, in früheren Zeiten war der Juni vielfach ein Monat, der nicht nur keinen Zuwachs, sondern sogar einen Rückfluß brachte. Immerhin bedeutet das jetzige Ergebnis einen starken Rückschlag gegen den gleichen Monat des Vorjahres, der damals einen Zuwachs von 350 Mill. Mark gebracht hatte. Auffallend ist wieder der starke Rückgang in der Postenzahl und die Erhöhung der Durchschnittsbeträge. Es betrug die Zunahme der Spareinlagen bei den gesamten deutschen Sparkassen (ohne die Abschreibungen auf die Kriegsanleihen):

	1919	1918	1917
	Mill. Mark	Mill. Mark	Mill. Mark
Januar	1250	1250	600
Februar	800	600	300
März	400	400	160
April	70	600	300
Mai	100	450	300
Juni	150	350	350
	3400	3650	1810

An der Statistik beteiligten sich diesmal 240 Sparkassen mit einem Einlagenbestande von zusammen 11 810 Millionen Mark.

Neugründungen. In Bremen ist die Kraft-Verkehrsgesellschaft m. b. H. Niedersachsen mit 1 750 000 ℳ Stammkapital gegründet worden, in welcher das Deutsche Reich als Gründerin für 450 000 ℳ Sechsbe-tände einbrachte. — Die Maschinenfabrik Dolce & Sioda in Oswiçi i. Sa. wurde in eine G. m. b. H. mit nur 300 000 ℳ Stammkapital umgebracht, während die Gründer für 886 422 Sacheinlagen leisteten und für die überschießenden 586 422 Mark Gläubiger der Gesellschaft bleiben.

Verband nordwestdeutscher Kalksandsteinfabriken. Unter diesem Namen ist in Hamburg, wie uns drahtlich gemeldet wird, ein neuer Verband gegründet worden.

Ausländische Volkswirtschaft.

Oesterreichisch-Ungarische Bank. Der Ausweis vom 23. Juli ergibt ein weiteres Anwachsen des Banknotenumlaufs um 156 Millionen Kronen auf 41 534,5 Millionen Kronen. Der vorhergehende Ausweis vom 15. Juli hatte nach langer Zeit zum ersten Male wieder einen Rückgang des Notenumlaufs um ansehnliche 969,8 Millionen Kronen gebracht; dieser Rückgang beruhte, wie uns unser Wiener Mitarbeiter meldet, lediglich auf der mehr zufälligen Steigerung der Giroguthaben um 527 Millionen Kronen. Auch für die Zukunft muß mit einem weiteren Anwachsen des Papiergeldumlaufs der Oesterreich-Ungarischen Bank gerechnet werden.

Die holländischen Gläubigerinteressen bei den abzuliefernden deutschen Handelsschiffen. Wie wir erfahren, sind in der letzten Woche zwischen Vertretern der holländischen Schiffshypothekenbanken, die an der Belehnung von deutschen Schiffen beteiligt sind, und der deutschen Regierung Verhandlungen wegen der Entschädigung für solche Schiffe geführt worden, die auf Grund der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages zur Ablieferung gelangen. Nach den Bestimmungen des Vertrages muß die Ablieferung der Schiffe frei von allen Lasten und hypothekarischen Verpflichtungen deutscherseits erfolgen. Von holländischer Seite erfahren wir hierzu ergänzend, daß in den erwähnten Verhandlungen ein Einverständnis zwischen den beiden Gruppen erzielt worden ist, indem die deutsche Regierung sich bereit erklärt hat, die Entschädigung der holländischen Schiffshypothekenbanken zu übernehmen. Die Form, in der die Entschädigung zu erfolgen hat, wird Gegenstand von weiteren Verhandlungen sein.

Schweizerische Ausfuhrgebühren. Wie dem Zentralverband des Deutschen Grosshandels aus Bern gemeldet wird, betragen ab 1. August die Ausfuhrgebühren für alle Waren, die aus der Schweiz ausgeführt werden 10/00, jedoch mindestens einen Franken und höchstens 10 Franken für jede Ausfuhrbewilligung, ausgenommen Nahrungs-, Genuss- und Futtermittel, sowie Holzwaren, für die besondere Sätze festgelegt worden sind.

Für Deutschland gut genug. Führende dänische Zeitungen haben eine Mitteilung darüber gebracht, dass die dänische Bekleidungsindustrie zurzeit grösseren Posten von Waren auf Lager hat, die, aus groben Rohstoffen hergestellt, sowohl ihrer geringeren Qualität wie der hohen Herstellungskosten wegen in Dänemark unverkäuflich sind. Es soll die Absicht bestehen, diese Bestände, die auf 30 Millionen Kronen angegeben werden, nach Deutschland abzustossen. Bei etwaigem Angebot von Kleiderwaren aus Dänemark werden Sachverständige kaum Mühe haben, die angeblich gute Ware zu erkennen, und sich vor dem Ankauf hüten.

Weltwirtschaft.

Zollfragen des sächsisch-böhmischen Verkehrs. Wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, hat auf Ersuchen des sächsischen Landwirtschaftsministers die Handelskammer Plauen sich gutachtlich darüber geäussert, ob es angesichts der Einführung des autonomen Tarifs durch die tschecho-slowakische Republik und der damit verbundenen erheblichen Erhöhung der Zollsätze geboten erscheint, eine Herabsetzung der Zollsätze für deutsche Erzeugnisse anzustreben. Die Handelskammer erklärte sich für möglichst baldige Aufnahme von Verhandlungen mit der tschecho-slowakischen Regierung. Besonders die an die Tschecho-Slowakei unmittelbar angrenzenden Bezirke, die schon vor dem Kriege vielfältige und umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen mit Böhmen unterhielten, haben ein dringendes interesse an der Beendigung des gegenwärtigen Zustandes. So ist z. B. die vogtländische Musikmstrumenten-Herstellung auf den Bezug billiger Instrumente und Bestandteile aus Böhmen unbedingt angewiesen, während anderseits die böhmische Musikinstrumenten-Industrie jetzt ihren Bedarf an besseren Erzeugnissen in Sachsen decken muss. Auch die Spitzen- und Stickerei-Industrie unterhält vielfache Beziehungen zu der Tschecho-Slowakei.

Dividendenvorschläge.

Gesellschaften	Vorschläge 1918	Gezahlte Dividenda 1917	1916	1915	1914
Löneburger Wachsbleiche J. Börstling	10	15	15	10	6

Devisenkurse.

Wien, 31. Juli. Die Devisenkurse blieben unverändert.

Amsterdam, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

	K. v. 31. 7.	30. 7.		K. v. 31. 7.	30. 7.
Berlin	14,45	15,25	New York	2681	268,50
Wien	6,65	6,80	London	11,481	11,39
Schweiz	47,50	47,17	Paris	36,10	36,50
Kopenhagen	59,10	59,00	Christiania	62,85	63,00
Stockholm	69,75	70,89			

Bekanntmachungen des **Polizei-Präsidiums.**

Ungültiger Wandergewerbeschein.

Der Handelsmann Friedrich Hartmann, Barmwitz, 2, hierselbst unter dem 24. Juni 1919 für das laufende Kalenderjahr erteilte Wandergewerbeschein zum Handel mit Porzellan- und Damenstoffen, Herren- und Damenwäsche, Bettwäsche, Strümpfen, Band, Putzsachen, Gummischuhen, Knöpfen, Kladden, Sonnigen mit Ausnahme von Schnupftüchern, Spitzen, fertigen Blusen, Stoffresten und Anfang von Obst und Gemüse ist angeblich verloren gegangen.

Dieser Schein wird zur Verhinderung von Mißbrauch hierdurch für unkräftig erklärt.

Beschreibung der Person: Gestalt: schlank; Alter: 2. 7. 76; Haare: meliert, zurzeit kurz geschnitten; Augen: grau; Konfession: keine.

Der Polizeipräsident. Polizeiabteilung Friedrichshain. Geschäftsstelle 6. gez. Kunze.

Ungültige Legitimationskarte.

Die dem Inhaber Otto Daniel, wohnhaft in Berlin, Gneisenaustraße 84, unter dem 7. Juni d. Js. für das laufende Kalenderjahr erteilte Legitimationskarte zum Aufsuchen von Bestellungen auf Tabak, Zigarren, Zigaretten und in diese Branche einschlägige Artikel, sowie zum Hausieren derselben für seine Firma ist angeblich gestohlen worden.

Diese Karte wird zur Verhinderung von Mißbrauch hierdurch für unkräftig erklärt.

Beschreibung der Person: Gestalt: mittel; Alter: 12. 12. 75 geb.; Haare: schwarz; Augen: blau; Kennzeichen: keine.

Berlin, den 21. Juli 1919.

Der Polizeipräsident. Polizeiabteilung Friedrichshain. Geschäftsstelle 6. gez. Kunze.

Amtl. Bekanntmachungen.

Fahrplanänderung.

Vom 1. August d. Js. ab fallen die Schnellzüge Nr. 17 Hannover ab 7 Uhr 5 vorm. Berlin Zoo an 11 Uhr 5 und Nr. 18 Berlin Zoo ab 1 Uhr 25 nachm. Hannover an 1325 nachm. aus.

Hannover, den 30. Juli 1919. Eisenbahndirektion.

Theater vom Freitag, den 1. August 1919.

Friedr. Wilhelmst. Th. 7½ Uhr: **Der Hias.**

Residenz-Theater. 2 Uhr: **Das höhere Leben.** Von Hermann Sudermann.

Trianon-Theater. 6 Uhr: **Der gute Ruf.** Von Hermann Sudermann.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 7½ Uhr: **Der Kuhreigen** Oper von Wilh. Kienzl.

Zoolog. Garten Täglich **Gr. Militär-Konzert.** Eintritt 1,50 ℳ, Kinder die ab 6 Uhr 75 ₰ Hälfte.

Aquarium 1 ℳ. Kinder die Hälfte.

Reichshallen Theater Abendlich 7½ Uhr. Stettiner Sänger. Nagel, Brittan, Max Steidl etc. Reichshallen-Garten u. Saal: **„Bönhoff-Brettl".** Neues Programm! Anfang 7½, Sonntags 5 Uhr.

MARMOR HAUS Direktion: Siegbert Goldschmidt Kurfürstendamm 236. **POGROM** 6 Akte. Zur Verbreitung der Wahrheit für den Film gestellt von **H. Fredall.** Hauptrolle: **Ilka Grüning** Ausserdem: **Der Badeball** Schwank in 2 Akten. Regie: **Rudolf del Zapp.** 4, 6¼, 8¾0

Kleines Theater. 7½ Uhr: Unter'm Baume d. Erkenntn. **Winter-Garten** Täglich 7½ Uhr: **August-Spielplan** Auftreten des **Detectiv Erik Jan Hanussen** **Maria Rapp** I. Koloratursängerin von der ehem. kaiserl. Oper in Petersburg u. Moskau. **Carl Bernhard** Humorist. **Ferry Corwey** Musik-Clown. **Whilby Co.** die mysteriöse Tafel. **Géza Varady** Truppe Gesangs-Tanz-Ensemble. **Mia** und **Gerti** Rollschuhläuferinnen. **Karl Edler** mit s. Kollegen „Nicki" **Hansi Imanus** Dressurakt. **4 Tayos** Luft-Akt. **Kinematograph.**

Briefmarken, Münzen kauft Baumann, Spandauer Brücke 1b, Nord 10192.

DUNCKER & HUMBLOT, München.

Soeben erschien:

Dr. v. Scheller-Steinwarts, Wirkl. Geh. Rat

Amerika und Wir

Ein Wink am Schs deweg Die wahren Schwesterrepubliken Amerika und Deutschland!

Preis 3 Mark

Der Verfasser, einer der bekanntesten deutschen Diplomaten, lebt in dem starken Glauben, dass der Krieg, unter dessen Folgen die Welt noch in Zuckungen liegt, der Vater des ewigen Friedens ist. Die wahren Schwesterrepubliken, welche allein den Völkerbundgedanken zum Siege führen könnten, steht er in Deutschland u. Amerika. Unter Heranziehung eines mit grösster Sachkunde zusammengetragenen wissenschaftlichen und statistischen Materials wirbt Herr v. Scheller für die Idee eines Völker begliickenden Bundes zwischen den beiden grossen Staaten, für die Schaffung einer Interessengemeinschaft und eines engeren Zusammenschlusses zwischen ihnen auf allen Gebieten. Er hält Amerika für so klug, dass es wissen muss, dass nur ein freies, glückliches, starkes deutsches Volk Europa vor dem Untergange bewahren kann, und dass die grösste augenblickliche Gefahr für die ganze Welt in der Bolschewisierung der deutschen Schaffenskraft besteht. Mit amerikanischem Kapital kann dieselbe der deutschen Industrie wieder aufgebaut werden; amerikanische Arbeitsmethoden und die deutsche Industrie wieder auf Arbeitsfreude müssen vereint zum Wiederaufbau Russlands schreiten. Amerika wird es sich nicht entgehen lassen, einen aufnahmefähigen Kunden, einen leistungsfähigen Lieferanten und einen tüchtigen Bundesgenossen zu gewinnen und sich gleichzeitig eine gute Anlage seiner überflüssigen Kapitalien zu sichern. Neben aller Realpolitik ist der Verzweifelt Schreiber von hohem Idealismus erfüllt und stärkt der Welt, insbesondere Amerika, das Gedächtnis für alles, was das grosse deutsche Volk in seinen glücklichen Tagen bis 1914 für die Menschheit geleistet hat.

2851

Elektromotoren liefern sofort oder in kurzer Frist **Liesegang & Kosch G.m.b.H.** Magdeburg Hamburg Kiel

Europäische Bücher.

Henri Barbusse, Das Feuer. Br. ℳ 7.—, geb. ℳ 11.—.

Andreas Latzko, Menschen im Krieg. Br. ℳ 5.—, geb. ℳ 7,50, Halbp. ℳ 8.—.

Andreas Latzko, Friedensgericht. Br. ℳ 6.—, geb. ℳ 11.—, Halbp. ℳ 15.—.

Leonid Andrejew, Das Loch des Krieges. Br. ℳ 6.—, geb. ℳ 8.—, Halbp. ℳ 10.—.

Briefe eines Soldaten. Deutsche Ausgabe von „Lettre d'un soldat". Br. ℳ 5.—, geb. ℳ 7,50, Halbp. ℳ 9.—.

Leo Tolstoi, Tagebuch 1895—1899. Br. ℳ 6.—, geb. ℳ 8.—, Halbp. ℳ 10.—.

Romain Rolland, Beethoven. Br. ℳ 4.—, geb. ℳ 6,50, Halbp. ℳ 8.—.

Albert S. Asséo, Das Massengrab. Br. ℳ 7.—, geb. ℳ 10.—, Halbp. ℳ 12.—.

K. M. Oberutschew, Morgenröte. Br. ℳ 7.—, geb. ℳ 10.—, Halbp. ℳ 12.

Leonhard Frank, Der Mensch ist gut. Br. ℳ 5.—, geb. ℳ 7,50, Halbp. ℳ 9.—.

Alfred H. Fried, Kriegstagebuch Bd. I. Br. ℳ 11,50, geb. ℳ 16.—.

Kurt Zimmermann, Der Hauptmann Deutschke. Ein Buch für Rekel. Br. ℳ 5.—, geb. ℳ 7.—. 34 2

Zuzüglich 10 % Teuerungszuschlag.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Max Rascher Verlag, A.-G., Zürich.

Die Bureaus des Reichsverbandes **Freiwilliges Aufklärungskorps (E. V. 1913)** befinden sich jetzt: **Unter den Linden 39.** 2681

Aenderungen der Richtpreise für Kupfer, Zinn u. Blei für Lieferung auf Kontingentschein.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung betreffend Richtpreise für Lieferung von Spermetall u. auf Kontingentschein vom 31. Mai 1919 (Reichsanzeiger Nr. 131 vom 11. Juni 1919) wird hiermit bekanntgegeben, daß die Richtpreise für Lieferungen auf Grund von Kontingentscheinen mit Wirkung vom 1. August d. Js.

für Kupfer ℳ 600.— für 100 Kilo
„ Zinn „ 1 600.— „ „ „
„ Blei „ 140.— „ „ „

betragen."

Berlin, den 1. August 1919.

Kriegsmetall-Aktiengesellschaft in Liquidation.

Aenderung des Richtpreises für Aluminium auf Kontingentschein.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung betreffend Richtpreise für Lieferung von Spermetall auf Kontingentschein vom 31. Mai 1919 (Reichsanzeiger Nr. 131 vom 11. Juni 1919) wird hiermit bekanntgegeben, daß die Richtpreise für Lieferungen auf Grund von Kontingentscheinen mit Wirkung vom 1. August d. Js. für

Aluminium Mark 1 200,— für 100 kg.

betragen.

Berlin, den 1. August 1919. 2853

Kriegsmetall-Aktiengesellschaft in Liquidation.

Bekanntmachung.

Die täglich sich steigernde Wohnungsnot in hiesiger Stadt veranlaßt uns, vor dem Zuzuge nach hiesiger Stadt zu warnen, da es uns z. Zt. unmöglich ist, den neu Zuziehenden irgendein Unterkommen zu verschaffen. 2855

Der Magistrat der Stadt Köslin in Pommern.

Brillanten Juwelen, Perlen, Smaragde und Perlschnüre kauft zu hohen Preisen BERLIN **M. Spitz,** Friedrichstrasse 91/92 zwischen Mittel- und Dorotheenstrasse.

65jähriger **rüstiger höherer Beamter,** Stabsoffizier a. D., bald werden bewährter der Pensionierung **dauernden ruhigen Aufenthalt,** Land, Vorort, kl. Stadt, Jagdgelegenheit. Prima Küche, eigene Wirtschaft, 4—5 Zimmer, Zubehör, eigene Wirtschaft, ev. kl. Garten, ev. auch Beschäftigung, feine Lagerbiere. Angebote, auch von Gemeinden, mit allen Angaben unter 2852 an die Exp. d. Bl.

Statt besonderer Anzeige:

Am 28. Juli abends verschied plötzlich in Dresden nach längerem, schwerem Leiden unsere heissgeliebte Mutter

Frau Hedwig verw. Ministerialdirektor Hoffmann geb. Sonnenkalb

im 70. Lebensjahre.

Berlin W 50 und Dresden, am 30. Juli 1919.

In tiefstem Schmerze Finanzrat Hans Alexander Hoffmann Margarete Hoffmann

Die Trauerfeier findet Freitag, den 1. August, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Dresden, Sedanstr. 24, I statt.

Zeitgemässe Förderanlagen, w. **Gleissell- u. Kettenbahnen, Bremsberge, Schrägaufzüge, Rangieranlagen, Hängebahnen, Gleisanlagen, Drehscheiben und Schiebebühnen** sowie **Umbau vorhandener Anlagen führt aus Deutsche Industriebau- und Bedarfsgesellschaft G. m. b. H.,** Berlin NO. 18, Landsberger Allee 115/16. Fernspr.: Amt Königstadt 2422. Aufstellung von Kostenanschlägen sowie Ingenieurbesuch auf Wunsch kostenlos.

Auto-Bereifung Vulkanisier-Anstalt für sämtliche Auto-, Motor- und Fahrrad-Reifen u. Schläuchen werden schnellst., sachgemäß, preiswert ausgeführt. **Gleitschutz-Fabrik „Elite",** Friedrichstr. 131 d, Cafe Kurfürst. Einkauf von Decken, Schläuchen höchstzahlend.

3. Lothr. Inf.-Regt. Nr. 135.

Verschiedenseitig ist die Gründung einer Vereinigung ehemaliger Offiziere und Sanitätsoffiziere des Regiments angeregt worden.

Diejenigen Herren, welche dieser Vereinigung beizutreten wünschen, werden gebeten, Beitrittserklärungen unter Angabe ihrer Adressen baldmöglichst an die Abwickelungsstelle des Regiments in Bernburg (Anhalt) einzusenden. 2850

Linden & Funke, Fernruf 10 u. 241. **Iserlohn i. Westf.** Fernruf 10 u. 241.

Gesenkschmiede, Schmiede- und Exzenterpressen, Schlosserei, Bohrerei, Fräserei, Dreherei und Schleiferei.

Herstellung roher und fertig bearbeiteter Beschlagteile für Wagen, Waggons, landwirtschaftliche Maschinen. Kraftwagen, sowie geeigneter Beschlagteile nach Muster oder Zeichnung.

Kettenschmiede, autogene und elektrische Schweisserei, galvanische Anstalt, Metallgiesserei, Lackiererei, Verzinnerei.

Herstellung von Schnallen und Ketten aller Art, Reit- und Fahrgeschirr-Beschlägen.

Langjährige Erfahrung. Sauberste Ausführung. Gewissenhafte, pünktliche Lieferung. 1945

Hohen Verdienst im Nebenberufe durch Vermittlung von Lebensversicherungen. Gefl. Zuschriften und nähere Auskunft unter G. L. 289 an die Exp. d. Bl.

Junger Mann, welcher Lust hat, sich der **Oekonomie** zu widmen, findet sofort Stellung a. gr. Gut, ganz gleich in welch. Ort. Gefl. Ang. erb. Friedrich Wiesenbed, Hettstedt, Bergestraße 1.

Altertümer, Porzellansachen, Gläser, feine Bronzen Möbel aus Privathand verkäuflich. Auskunft erteilt Hans Grong, Berlin SW. 29. Willibald-Alexisstr. 33.

Detektiv Hauschild (vollsicherwachtmeister a. D.) Beobacht. Ermittl. Berlin, Friedrichstr. 185, Nr. 9091.

Alte Gobelins zu kaufen gesucht. Offert. unt. M. V. 9704 an Rudolf Mosse, München.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Reimer, Berlin. Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Jochim Schumacher, Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.

Nr. 365. 1 August 1919.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Beiblatt. Morgen-Ausgabe.

Die Regelung der Länderfrage.

Deutsche Nationalversammlung.

71 Sitzung vom Donnerstag, 31. Juli 1919.

Am Regierungstische: Bauer, Dr. David, Dr. Preuß, Noske, Dr. Bell.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 50 Min.

Auf Grund eines Berichtes des Abg. Siehr (Dem.) wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Gandorfer (Bayer. Bauernbund) vor dem Standgericht München wegen Hochverrats und Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuches verweigert. Die Genehmigung zur Strafverfolgung desselben Abgeordneten vor dem Landgericht Kempten wegen Vergehens gegen § 134 des Vereinsgesetzes im Zusammenhang mit § 1 der Bekanntmachung über die Regelung der Einfuhr vom 16. Januar 1917 und den Ausführungsbestimmungen dazu vom gleichen Tage wird erteilt. —

Die Beratung des Verfassungsentwurfes wird bei dem gestern zurückgestellten Artikel 18 (Länderfrage) fortgesetzt.

Abg. **Ulitzka** (Centr.):

Die Regelung der Länderfrage durch die Fassung des Artikels bei der zweiter Lesung hat nicht befriedigt. In der durch Antrag Löbe-Trimborn-Heile vorgeschlagenen Fassung wird einganng der allgemeine Grundsatz ausgestellt: die Gliederung des Reichs in Länder soll unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes dienen. Der Satz über Gebietsänderungen erhält die Fassung: „Die Aenderungen des Gebietes von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs erfolgen durch verfassungsänderndes Reichsgesetz. Die Anträge über die Fälle, in denen ein einfaches Reichsgesetz ausreicht, bleiben unverändert. Zum Beschluß einer Gebietsänderung sollen den Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten erforderlich sein. In der Hoffung der zweiten Lesung hieß es: drei Fünftel der Stimmen aller Wahlberechtigten. Wir lassen, daß damit eine Grundlage zu dieser schwierigen Frage gefunden ist, die allen berechtigten Wünschen entgegenkommt, insbesondere hoffen wir, daß auch die bedrohten Gebiete wie z. B. Oberschlesien dadurch die Möglichkeit gewinnen, im Verband des Deutschen Reiches zu bleiben.

Abg. **Hofmann** (Soz.):

erwartet eine Erklärung der preußischen Regierung, daß sie einer grundsätzlichen Lösung der strittigen Frage nichts in den Weg legt.

Abg. **Hampe** (D. Vat.)

tritt für die Bildung eines selbständigen Niedersachsens ein.

Abg. **Heile** (Dem.):

Nicht auf dem Wege gewaltsamer und bureaukratischer Regelung, sondern in Anlehnung an die lebendigen Kräfte des deutschen Volkes müssen wir versuchen, zu einer organischen Gliederung zu kommen, deshalb wird auch der preußische Staat sich entschließen müssen, einen Teil seiner Bestandteile dieser Gliederung zum Opfer zu bringen. Wenn es möglich wäre, alles das, was jetzt nicht preußisch ist, in dem preußischen Staat aufgehen zu lassen, dann würde ich auch damit einverstanden sein; aber dieser Weg ist nun einmal nicht gangbar, er würde Mißvergnügtheit und Partikularismus hervorrufen, und schließlich würde sich gegenüber dem norddeutschen Block ein südwestdeutscher bilden, daher möglichenweise einmal unter Führung Oesterreichs, und so hätten wir statt der Einheit eine Zerspliterung.

Abg. Graf zu **Dohna** (D. V.):

Es wäre wohl richtiger gewesen, zu der endgültigen Gestaltung dieses Artikels alle Parteien zuzuziehen. So haben es wieder einmal die Parteien der Mehrheit in einer Art Klausur gemacht. Dadurch wird mindestens der Verdacht hervorgerufen, daß die beteiligten Parteien sich dadurch gegenseitige Konzessionen, parteitaktische Vorteile sichergestellt haben. (Sehr richtig! rechts.) Im übrigen ist die Fassung des Kompromisses sehr wenig durchsichtig; es hat nicht wenigstens viel Mühe gekostet, mich einigermaßen in den Sinn und die Tragweite desselben hineinzuarbeiten. Die wichtige Frage, wem darüber zu entscheiden hat, ob ein übermiegendes Reichsinteresse vorliegt, ist im Kompromiß vollkommen offen gelassen.

Abg. Dr. **Philipp** (Dnat. V.):

Das Kompromiß ist, wie gewöhnlich, hinter geschlossenen Türen entstanden und dann durch überraschenden Angriff auf den Tisch des Hauses geworfen. Wir erblicken in dem Kompromiß eine wesentliche Verschlechterung des Beschlusses der zweiten Lesung, es ist der Verfassungsentwurf noch unerfreulicher als die frühere Fassung, und unsere Bedenken dagegen bestehen jetzt in verstärktem Maße. Das Kompromiß ist nicht geeignet, die verschiedenen territorialen Schmerzen in Deutschland zu lindern. Mit diesem Artikel 18 sind die thüringischen Fragen nicht zu lösen. Preußen wird wohl zerstückelt, aber die Vereinigung Thüringens wird nicht besonders leicht gemacht. Unser Antrag die Bestimmungen für die Fälle, in denen die beteiligten Länder der Gebietsänderung nicht zustimmen, zu streichen, ist mirmehr hinfällig geworden, und wir ziehen ihn zurück und werden den Art. 18 in seiner Gesamtheit ablehnen.

Abg. **Koch-Cassel** (Dem.):

Nach unserem Standpunkt ist die Gliederung Deutschlands nicht von preußischen oder bayerischen oder gar von rheinischen dynastischen Gesichtspunkt, sondern lediglich vom deutschen Gesichtspunkt aus zu behandeln. Meiner Partei kann niemand den Vorwurf machen, daß sie nicht stetsbereit den Weg zum Einheitsstaat gegangen ist. Wir werden auch das Finanzwesen einheitlich regeln. Wir haben mit der Wirtschaften die Territorien als deutsche Länder wieder eingeführt. Wir wollen allerdings den Unitarismus, aber nicht die Zentralisation; wir verwechseln nicht das Reich mit Berlin. Da die Revolution den Einheitsstaat nicht geschaffen hat, müssen wir den Weg der allmählichen Entwicklung gehen. Die Entwicklung auf dem Wege der preußischen Annexionspolitik ist heute endgültig gescheitert. Wir erreichen das Ziel des Einheitsstaates dadurch, daß die Zuständigkeit des Reichs systematisch erweitert wird. So lange allerdings die süddeutschen Staaten Schwierigkeiten machen, kann man nicht allein von Preußen ein Entgegenkommen verlangen. Wir erwarten aber von Preußen, daß es mit der Autonomie seiner Provinzen vorangeht und auf diese Weise zur Annäherung an die süddeutschen Staaten kommt. Deshalb haben wir schon im Reichsrat den preußischen Provinzen ein Stimmrecht eingeräumt. Dem unitarischen Standpunkt entspricht es, daß wir das Vetorecht eines verfassungsändernden Reichsgesetzes für die Gebietsänderungen an die Spitze gestellt haben. Das Kompromiß ist eine Verbesserung und Klärung der Artikels 18. Wir wünschen allerdings, daß die Reichsregierung die Dinge nicht laufen läßt, sondern selbst die Führung übernimmt. Wir kennen kein anderes Ziel als den Einheitsstaat, wir sind keine Partikularisten, auch keine Groß-Preußen, sondern Deutsche. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. **Hörsing** (Soz.):

Es ist gesagt worden, man könne Oberschlesien von Preußen lostrennen, ohne Hochverrat zu begehen. Das ist ein Irrtum, die gesetzlichen Bestimmungen besagen noch, auch über Hoch- und Landesverrat. Ich stelle aber auch fest, es gibt in Oberschlesien keine große Bewegung in dieser Richtung, höchstens eine, die Oberschlesien zu einer selbständigen Republik machen will. Sie wird aber nicht getragen von der großen Masse der Bevölkerung, sondern einer Handvoll Kapitalisten, Industriellen und Großgrundbesitzern. (Hört! Hört!) Arbeiterbewegung und Bolschewismus haben damit nichts zu tun, beide stehen ihr feindschlossen, nicht bloß gleichgültig, sondern feindselig gegenüber. Oberschlesien weiß ganz genau, welch großer Schade es für die arbeitenden Klassen und den Mittelstand wäre, von Preußen losgelöst zu werden, daß sie damit unter die Schutzherrschaft des Polen oder der Entente kommen würden. Die Bevölkerung würde der Absatz mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu begegnen wissen. (Beifall.)

Minister des Innern Heine:

Nach dem Worten, die zur Begründung des neueingebrachten, in der Tat überraschenden Antrages gebraucht worden sind, muß ich als Vertreter Preußens mit einer gewissen Ausführlichkeit auf diese Frage eingehen. Der eingebrachte Kompromißantrag ist kein Fortschritt gegen die Fassung der zweiten Lesung. Es hat z. B. große Bedenken, daß zu einer Gebietsänderung drei Fünftel der abgegebenen Stimmen verlangt werden, während es nach dem Entwurf der zweiten Lesung drei Fünftel der eingetragenen Wähler sein sollen. Gegen den Willen der Volksvertretung eines Bundesstaates soll aus dem Körper dieses Staates ein Stück herausgenommen werden, während die Volksvertretung der eigentliche Gegnerende und die Regierung nur ihr Vertrauen ist. Es muß also der Wille der preußischen Wähler sein, ob ein bestandenes Verhältnis überwunden werden soll. Das ist doch ein gegen die Grundsätze der Demokratie verstoßender Ausnahmefall. Wie soll denn auch der Wille der Bevölkerung festgestellt werden, die gegen den Willen des gesamten Volkes des betreffenden Staates losgelöst werden will? Wenn sie nur eine kleine Mehrheit, vielleicht gar eine Zufallsmehrheit hat einer Stimme für sich hat? Für einen Ausnahmefall ist das viel zu wenig. Stimmungen und gelegentliche Zufälle dürfen dier nicht entscheiden. Der Gedanke führt zu geradezu absurden Konsequenzen. Ich stelle noch fest: ein Kompromiß ist geschlossen worden mit mündlichen Verabredungen und Erwägungen; plötzlich im letzten Moment wird es wieder über den Haufen geworfen durch Verabredungen, bei denen man es nicht einmal für gut gehalten hat, die Vertreter der Bundesstaaten zu hören. (Hört! Hört! und Bewegung.) Wir kommen aber nicht weiter, wenn wir die Diskussion allzu lange fortsetzen. Auch diese Bestimmungen der Verfassung müßten trotz aller Schwäche und doktrinären Unbrauchbarkeit einmal angenommen werden. Ueberhaupt wird die Verfassung in diesen Punkten bereits in nächster Zeit revidiert werden müssen. In revolutionären Zeiten muß man froh sein, wenn man Artikel für ein paar Jahre lassen kann. Die Erde ist noch nicht fest, sie schwankt noch. Ich bitte mein Bestreben auf die Gewissenhaftigkeit der Reichsregierung, die nur da, wo wirklich ein überwiegendes Interesse des Reiches vorliegt, beantragen würde, gegen den Willen einer Volksvertretung eines Landes zu verfahren. Ich glaubt sich nicht denken, daß ein Bundesstaat, wo wirklich ein überwiegendes Interesse des Reiches vorliegt, sich gegen eine Neuregelung sträuben würde. Freilich muß es ein wirkliches Reichsinteresse sein.

Nun zur oberschlesischen Frage: Diese Rufe nach Sonderrepubliken angeblich (Zuruf: Angeblich? Bewegung.), jawohl, angeblich innerhalb des Deutschen Reiches werden zu häufig laut, so daß tatsächlich die Gefahr entsteht, das Publikum könnte daran als an etwas Unabänderliches glauben. Im Dezember sehnten die Oberschlesier eine selbständige Republik entschieden ab. Das Projekt kam, Oberschlesien verlangte Sonderrechte zu geben. Die preußische Regierung tat es, soweit es auf dem Verwaltungswege möglich war, hinsichtlich des Gebrauches der Muttersprache, des Schulwesens, der Besetzung den Beamtenstellen. Ein politischer Projektenmacher schlug sogar vor, die polnische Sprache als Gerichtssprache einzuführen. Er wußte nicht, daß dazu ein Reichsgesetz nötig gewesen wäre! Dann ein neues Projekt, Oberschlesien müsse selbständige Provinz werden. Bei der allgemeinen Verwaltungsreform, die auf Dezentralisation und Selbstverwaltung hinausgeht, plant Preußen längst eine rechtsstatutarische Autonomie der Provinzen, soweit sie mit einer zentralisierten Verwaltung vereinbar ist; für Oberschlesien haben wir dem Verwaltungsreform vorweg genommen. Das war aber gewissen Kreisen noch immer nicht genug: sie verlangten sofort eine selbständige Provinz oder einen selbständigen Staat, andernfalls würde es zum Abstimmung für Polen kommen. Das ist die Art, wie man immer mit Handgranaten vorans hineinrit. Wenn wir jedem Rat, der uns erteilt wird, folgen wollen, hätten wir jeden Tag etwas anderes zu tun. (Sehr richtig!)

Auch selbst wenn Provinz oder selbständiger Staat, Oberschlesien würde unter eine Kommission der Entente, mit anderen Worten, doch nur unter polnische Verwaltung kommen. Die selbständige Republik, gedröhnt aus dem preußisch gebliebenen Gebiet, wäre eine Lächerlichkeit. Ich warne nochmals vor der Bildung solcher selbständigen Republiken, auch im Rheinlande, wo dem vom Rheinbund gesprochen linken Ufer auch noch rechtsrheinisches Gebiet angegliedert werden soll. Auch das rechtsrheinische Gebiet würde demselben Einfluß ausgesetzt sein, wie heute das besetzte Gebiet. Eine derartige Absprengel wäre geradezu eine Beeinträchtigung des Deutschtums, deshalb habe ich von dem Ruf nach selbständigen Republiken „angeblich“ innerhalb des Deutschen Reiches gesprochen. Selbst Dorten erklärt sie, es wolle innerhalb des Reiches bleiben. Glaubt einer, daß er es absolut meine (Gurufe.) Wir wollen doch offen und ehrlich kämpfen und ihm offen herausfagen, daß seine Pläne gegen das deutsche Volk und Vaterland sind. (Beifall.) Die Franzosen unterstützen sie ja, wenn sie auch ihre Neutralität vorschützen; aber im Ernst gesprochen, sie tun alles, um die Loslösung durchzusetzen; zunächst kommt es auf einen neuen Rheinbund heraus. (Sehr richtig!) Das Verhältnis Preußens zum Reich sollen wir nicht vom Standpunkte des Eifersüchteleien von Reich und Preußen und der einzelnen Ressorts untereinander behandeln. Das Reich muß eine einheitliche und gemeinsame Verwaltung erhalten, die Gesetze müssen überall gleichmäßig angewendet werden, die Beamten der Länder sollen sich fühlen als Beamte eines großen und gemeinsamen Körpers. Dahin wirkt unsere Verwaltungsreform, die von der Selbstverwaltung der Gemeinden bis zu einer weitgehenden Autonomie der Provinzen fortschreitet. Schwere Arbeit ist da zu leisten im Interesse des neuen Aufbaues des Reiches. So wie in Preußen, muß damit auch in allen Bundesstaaten vorgegangen werden. Ist es so weit, dann wird das Reich erklären können, die Verwaltung der einzelnen Gebiete sind Reichsverwaltungen. Preußen wäre der letzte, dem zu widersprechen.

Wenn demgegenüber von preußischen Annexionsgelüsten gesprochen ist, so weise ich das als unberechtigte, den Tatsachen nicht entsprechende Auffassung mit äußerstem Nachdruck zurück. Wenn man Preußen in ein Dutzend Kleiner Republiken auflöst, so hinterweist man dadurch die Möglichkeit, einen einheitlichen deutschen Verwaltungskörper auszubilden. Die vielen Einzelstaaten würden auch eine außerordentliche Verteuerung des Verwaltungssystems bedeuten. Das altpreußische Verwaltungssystem ist das billigste gewesen, das es je in der Welt gegeben hat. Gebhafte Hört, hört! Rufe rechts und in der Mitte.) Jawohl, es läßt sich nicht bestreiten, daß das demokratisch-republikanische Verwaltungssystem viel mehr Gelder fordern wird. (Erneutes Hört, hört! rechts. Unruhe links.) Dafür hat es aber auch erhebliche Vorzüge, da es die Möglichkeit der Entwicklung der inneren Kräfte bietet. (Lebh. Beifall links.) Aus der Stellungnahme Preußens zu den thüringischen Plänen werden Sie erkennen, daß Preußen absolut sopal vorgehen will. So wird es auch Thüringen in seinem Streben, zu einem leistungsfähigen Gesamtstaat zu kommen, unterstützen. Verlangt wird nur, daß in beiden Staatskörpern die gleichen Grundlinien der Verwaltung zur Anwendung kommen; denn dadurch würde die Einheit des Reiches gestärkt. In allen Wirtschaftsfragen werden wir uns mit Thüringen verständigen. Das ist der Weg zur Einheit. Reißt man dagegen Fetzen aus Preußen heraus zur Gründung von gegen Preußen stehenden Kleinstaaten, dann dient man der Einheit nicht. Man soll nicht mehr in den Ereignissen von 1866 herumwühlen, weil damals Unrecht geschehen ist. Es ist in der Welt viel Unrecht geschehen. (Zustimmung.) Das größte Unrecht aber, das geschehen ist, ist der Friede, den uns unsere Feinde auferlegt haben. (Langandauernde Zustimmung.) Demgegenüber gibt es nur eine Aufgabe, geschlossen und fest zusammenstehen und uns nicht in inneren Streitigkeiten zu verlieren. Mehmen Sie den Artikel 18 in der neuen Fassung an; er möge aber nur in Anwendung gebracht werden, wenn wirkliche Interessen des Reiches in Frage kommen. (Lebhafter Beifall.)

Reichskommissar Dr. Preuß:

Ich freue mich, aus den Ausführungen meines Vorredners entnehmen zu können, daß er Ihnen die Annahme des Kompromißantrages empfohlen hat. Auch ich erblicke in ihm nicht die Erfüllung eines Ideals, er ist eben ein Kompromiß. (Zustimmung.) Die Stimmenmehrheit der Wähler ist in den Antrag hineingekommen gerade wegen der dadurch ermöglichten Zustimmung Bayerns und Preußens. (Lebh. Hört, hört!) Die Auffassung, daß große Gebiete zu schwerwiegenden Aenderungen gemäß, stimmt nicht; der Antrag spricht von drei Fünftel der abgegebenen Stimmen; ferner von der Mehrheit der Wähler und endlich von einem Reichsgesetz. Das sind ausreichende Sicherungen. Gegenüber dem Abg. Koch-Cassel stelle ich fest, daß dem Reich bisher die Zuständigkeit auf diesem Gebiete fehlte und ihm daher auch nicht der Vorwurf gemacht werden kann, es habe in der Frage nicht energisch genug gefährt. Diese Möglichkeit wird eben erst durch den Artikel 18 gegeben, und es wird Aufgabe der seitenden Persönlichkeiten sein, in Zukunft den gewünschten Anforderungen zu entsprechen. (Lebhafter Beifall.)

Damach wird ein Schlußantrag angenommen.

Abg. Dr. **Philipp** (D. Vat.) persönlich: Ich habe mit meinem Vorwurf gegen das Kompromiß nicht, wie der Abg. Koch-Cassel angenommen scheint, die demokratische Volkspartei im besonderen treffen wollen.

Abg. **Koch-Cassel** (Dem.) persönlich: Da wir an dem Kompromiß beteiligt sind, treffen und auch die Vorwürfe des Abg. Dr. Philipp. Meine Bemerkung über den Mangel an sattkräftiger Führung seitens der Gesetzgebung und der Landesregierung hatte ich aufrecht; denn wir vermissen auch jetzt noch darüber ein führendes richtunggebendes Wort.

Abg. **Heile** (Dem.) persönlich: Ich habe meine Annexionsgelüste unterstellt.

Der **Kompromißantrag** zum Artikel 18 wird darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Beratung der zurückgestellten Artikel 74 und 76. (Wettbewerbsrecht und Wettbewerbsordnung.)

Nach kurzer unerheblicher Aussprache wird ein Antrag Waldstein (Dem.), Dr. Beyerle (Zentr.), Kapenstein (Soz.) angenommen auf Einführung eines Art. 75a:

„Durch den Volksentscheid kann ein Beschluß des Reichsrates nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt.“

Angenommen wird ferner Kompromißantrag Waldstein (Dem.) und Genossen, wonach in Art. 76 bestimmt wird, daß, wenn auf Volksbegehren durch Volksentscheid eine Verfassungsänderung beschlossen werden soll, dazu die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten erforderlich ist. Gleich wird noch ein Antrag Dr. Beyerle (Zentr.) und Gen. angenommen, wonach Art. 76 einen zweiten neuen Absatz erhält:

„Darauf gebt das Haus zu dem dritten Abschnitt der Grundrechte „Religion und Religionsgesellschaften“ (Art. 132 bis 139) über. Zu Art. 134 (Freiheit der Religionsgesellschaften) bemerkt

---

Das Weltreich des Abendlandes.

Von

Paul Lensch.

Im Juliheft der „Neuen Rundschau“ (S. Fischer) hat Lensch einen bedeutsamen Aufsatz erscheinen lassen, in welchem er es unternimmt, dem Völkerbund seinen wahren Inhalt als Organisation sozialistischer Staaten und damit dem deutschen Volk ein neues ideales Ziel sein s politischen Strebens zu setzen. Wir geben hier die Schlußausführungen wieder.

So ist denn die Zeit gekommen, wo die kapitalistischen Länder in ihre letzte große Entwicklungsphase eintreten, wo sie allmählich aufhören werden, sich untereinander zu bekämpfen, und wo sie anfangen, sich der übrigen Welt gegenüber als ein politisches Kulturkreis zu fühlen. Die kapitalistischen Gebiete reichen vom Westpfau bis zum San Francisco und bilden das Abendland. Sie sind immer noch die Herren, das heißt die Ausbeuter der Welt und werden es für absehbare Zeit in gewisser Form auch noch bleiben. Dabei darf aber nicht verkannt werden, daß diese abendländische Kultur ihren Abschluß und ihrer Auflösung entgegengeht und vielleicht stehen schon die Füße der Männer vor der Tür, die sie einst hinaustragen werden. Diese Altersphase des Abendlandes wird aber nichts anderes sein, wie es der Abschluß jeder großen Kultur in der Geschichte bisher gewesen ist: ein Weltreich, in dem des Krieges Stürme schweigen die dafür draußen jenseits der Grenzen um so heftiger brausen.

Dieses sozialisierte Weltreich des Abendlandes wird kommen trotz aller dramatischen Gebärden der heutigen übertätigen Machthaber in England und Frankreich. Die schmutzige Versklavungs- und Ausplünderungsphantasie dieser Männer ist nur noch das Eingeständnis ihres Zusammenbruchs. Möglich, wahrscheinlich sogar, daß sie sich noch einige Zeit wohren mögen gegen ihren unvermeidlichen Untergang. Aber die Weltrevolution ist noch nicht zu Ende und wie man sich auch ihren weiteren Fortgang und ihr Tempo vorstellen mag, ob sie gewaltsam oder friedlich, schneller oder langsamer ihre Kreise vollenden wird, an ihrem Siege, kann nicht gezweifelt werden.

Mit dem Sozialismus siegt nicht ein phantastisch-erhabenes Glückseligkeits-, sondern im Gegenteil ein beinahe etwas plattes Nützlichkeitsprinzip, und nur soweit ernützlich, praktisch und sparsam ist, wird der Sozialismus siegen. Wie kräftig wir ihm schon entgegengerückt sind, beweist vielleicht am besten die heutige Haltung der breiten Massen, für die der Sozialismus, je näher wir ihm kommen, desto mehr von seinem Zauber und Reiz verliert. Die Massen brauchen aber auch in der Politik etwas, was ihre Phantasie und ihr Gemüt stark in Bewegung setzt, das war bisher der christliche Charakter der sozialistischen Idee, die Lehre vom tausendjährigen Reich, die auch noch Marx und Engels vertraten. Bekannt sind ihre Worte von dem Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit (so wie sie damals die Verhältnisse beherrschten) in das Reich der Freiheit (wo die Menschen die Verhältnisse beherrschen), von der Vorgeschichte der Menschheit, die mit dem Zusammenbruch des Kapitalismus abschließt, also erst die wahre Menschengeschichte mit dem Sozialismus anfange. Erst mit dem Sozialismus, heißt es noch bei ihnen, lebe der Mensch in seiner wahren Sinne endgültig aus dem Tierreich, tritt er aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Diese christlichen Anschauungen finden die Massen heute bei den Unabhängigen noch mehr bei den Kommunisten gewollt konserviert vor, weshalb sie jetzt ihnen zulaufen, während der Sozialismus selber, je dichter sie vor ihm stehen, ihnen als eine dürre Nützlichkeitsbewegung erscheint, die allen Schwung von früher verloren hat. Erst mußte die letzte Erinnerung an seine einstige heroische Sagengestalt verschwunden sein, ehe er in voller Reinheit und Nüchternheit als ein mit Hilfsmittel, Zahlenschwerer und anderen körperlichen Gebrechen behaftetes Wesen herausstellen wird, das vielleicht gar nicht heroisch ist, aber doch den einen Vorzug hat, ein Wesen von Fleisch und Blut zu sein.

In der Tat ist der Sozialismus nur der trönende Abschluß jener Entwicklungsstandzug nach Nationalisierung und Vergesellschaftung, die wir durch die Jahrhunderte seit Beginn des Frühkapitalismus verfolgen konnten, und die in der doppelten Buchführung ihren ersten beziehungsreichen Triumph feierte. Nicht zum wenigsten hierin liegt die Sicherheit seines Siegen.

Heute erleben wir die ersten Versuche, die Grundsteine, auf denen sich die Organisation des sozialistischen Abendlandes einst erheben soll in das Erdreich zu senken. Die Worte und die Vorschläge des Friedenstraktats über Völkerbund und Schiedsgerichte sind nicht bloße Kabalen, noch weniger ein schlauer Neuanfang des Heiligen Allianz, die Anfänge einer neuen Zeit. Sie eröffnen der Mechanisierung der Welt die Pforte zum Weltirumph. Die ältesten Dynastien sind ihr zum Opfer gefallen, Oesterreich, das lebendigste Ueberbleibsel des einstigen Römischen Reiches deutscher Nation, ist völlig verschwunden. Zugleich haben die beiden organischen Mächte der Ueberlieferung, Adel und Kirche, einen starken Stoß erlitten. Am schärfsten aber kommt vielleicht der Haß gegen das Ueberlieferte und geschichtlich Gewordene in der gedankenlosen Erfindung sogenannter Nationalstaaten zum Ausdruck. Selbstredend spielt bei diesem Balkanisierungsprozeß Mittteleuropas, als dem sich die Durchführung des Nationalitätenprinzips in praxi herausstellt, das Scheinargument beherrschte der allzu ängstlichen „Sieger“ eine große Rolle. Allein es erklärt ihn nicht völlig. Zugrunde liegt die herzlich platte mechanische Auffassung, daß jedes Volk einen Staat bilden soll von wegen des erhabenen „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“. Zugleich beweist diese mechanische Zerschneidung der alten historischen Staaten und das ebenso mechanische Backen neuer Staaten, wie tief der Bruch mit der Vergangenheit ist und wie stark schon die Tendenzen zu einem Weltreich des Abendlandes sind. Der Kapitalismus ist ein entschiedener Anhänger des Großbetriebs auch im Staatsleben und ihm wohnt die Tendenz inne, die noch geschichtlichen Nationen zu Leben und Selbstbewußtsein zu erwecken, gleichzeitig sie aber einem größeren Reich anzugliedern, da nur so ihnen der Segen des Großbetriebs und des Großmarktes zugute kommt. Wenn nun jetzt die tatsächlichen Schranken zerschlagen werden, innerhalb deren diese Nationen bisher gehalten, so würde das für diese „befreiten“ Nationen einen unerträglichen Rückfall in den Kleinbetrieb bedeuten, in dem sie nicht aufbleiben, sondern schnell verkümmern würden, wenn sich nicht um sie als eine größere Einheit der „Völkerbund“, das heißt das werdende Weltreich des Abendlandes, legen würde. Wird dieses Weltreich aber eine Realität und einmal mehr als eine Neuauflage der englischen Weltherrschaft, so ist der Grenzlauf für die abendländische Staatenpolitik eine Frage von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung. Die Lebensinteressen dieser Völker werden dann sich um so leichter durchsetzen, je gründlicher die früheren Ergebnisse des Geschichtsverlaufs, also eines vom rationalistisch-mechanischen Standpunkt aus völlig gleichgültigen Geschehens, beseitigt sind.

Dieses Weltreich des Abendlandes ist nur denkbar als ein sozialer Organismus, in dem durch Organisierung der Arbeit eine Gleichstellung der Organisationsmitglieder möglich ist. Wieviel Widerstände zu überwinden sind, wie stark noch die Macht des alten Systems ist, das hat uns der Friedensentwurf der Entente bedeutsam genug bewiesen. Den entscheidenden Stoß wird hier die Haltung der englischen Arbeiterklasse geben. Sie geht unmittelbar auf die Sozialisierung der englischen Volkswirtschaft los, nicht so sehr aus bewußter Absicht, als aus objektivem Zwang. Man muß auch das Barbarengeschrei der Entente historisch zu würdigen wissen. Es gehört zu dem psychologischen Mimikry, dessen die Nationen in revolutionären Zeiten sich zu bedienen pflegen. Die Engländer führten ihre Revolution des siebzehnten Jahrhunderts in der Maske alter Juden durch und ihre gewichtigsten Argumente entnahmen sie dem Alten Testament. Die Franzosen wieder markierten alte Römer, als sie ihren König köpften, und die Reden im Konvent waren ge-pickt mit Anspielungen auf lateinische Rhetoren. Die jetzige Revolution, die Engländer und Franzosen vereinigt sieht, führen sie durch in der Psychologie eines Moralstuhls. An der subjektiven Ehrlichkeit ihrer moralischen Entrüstung ist dabei ebenso wenig zu zweifeln, wie an der Ehrlichkeit, mit der man einst seine Argument- dem „Buch der Richter“ oder den Schriften Cyprians entnahm. Aber dieses subjektive Verwechseln der Ententevölker hat mit der objektiven Rolle, die sie in der Weltrevolution spielen, oder gar mit den Tatsachen nicht das geringste zu tun. In jüdischer, römischer und modern-moralpfäffischer Vermummung führten sie ihre geschichtlichen Aufgaben durch, ohne daß ihr Selbstverwußtsein irgendwie ihr geschichtliches Sein berührte, das diesmal in der konterrevolutionären Aufgabe besteht, den überalterten Privatkapitalismus zu schützen. Auf diesen geschichtlichen Zusammenhang hat man zu blicken, um das hysterische Barbaren- und Schuldgeschrei der Entente achselzuckend zu einem Ohr hinein- und zum anderen herauslassen zu können. Das aber ist notwendig, wenn man über die geschichtliche Leistung Deutschlands im Weltkriege ein richtiges Urteil abgeben will.

Bei dem Zusammenbruch des deutschen Militarismus am 9. November 1918 trugten sich viele und nicht die Schlechtesten voller Verzweiflung, ob denn all die ungeheuren Opfer an Gut und Blut für nichts oder vielmehr nur für die Schändung und Versklavung Deutschlands gebracht sein sollten. Die Frage war in der damaligen psychologischen Depression dieser Kreise berechtigt, eine tatsächliche Berechtigung hatte sie nicht. Denn das Leitungen dauerndem Wertes, die Deutschland vollbracht hatte, lagen schon offen zutage: es hatte den Zarismus endgültig in Stücke geschlagen und damit Mitteleuropa von einer stetigen und furchtbaren Bedrohung befreit, es hatte die amerikanische Union zum Herunstreten aus ihrem Sonderdasein und zur tätigen Teilnahme an den Geschicken des abendländischen Kulturkreises in einem Augenblick gezwungen, wo dieser Kulturkreis von den schwersten Gefahren bedroht war, und es hatte schließlich durch seine unerhört lange Widerstandskraft das veraltete englische Gesellschaftssystem, den frühkapitalismus, dieses neben dem Zarismus stärkste Bollwerk der Weltreaktion, zur Auflösung gebracht und England vor die Notwendigkeit der sozialen Revolutionierung, das heißt der Sozialisierung, gestellt. Mit diesen drei entscheidenden Taten hatte das alte Deutschland nichts Geringeres getan als die Voraussetzungen geschaffen für das Werdende Weltreich des Abendlandes. Es hatte sich wie ein zweiter Mucius Scävola dabei selber zum Opfer gebracht und war mit seinem Militarismus, seinem Obrigkeitsstaat und seiner Reaktionswirtschaft in den dunklen Abgrund der Revolution gesprungen.

Dem alten deutschen System eine Träne nachzuweinen, liegt kein Anlaß vor, wohl aber gilt es zu begreifen, daß die ungeheuren Opfer, die unser Ihm das Volk geleistet hat, nicht umsonst gebracht sind. Ohne den deutschen Militarismus war nun einmal der Zusammenbruch des spezifisch englischen Privatkapitalismus in der Welt und der Durchbruch zu einem sozialisierten Weltreich des Abendlandes nicht zu haben. Er selber ist dabei umgekommen, aber sein Widerspiel auch, entsprechend dem Worte: Du sollst ihr den Kopf zertreten und sie wird dich in die Ferse stechen. — Vor uns aber steht eine neue Welt, die wir zu gestalten haben.

Abg. **Kahl** (D. Vp.): Wir haben zu der Bestimmung, daß auch die Religionsgesellschaften, die bisher nicht Körperschaften des öffentlichen Rechts waren, das Recht erhalten können, wenn sie durch die Zeit eines Jahrhunderts und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten, die Anerkennung beantragt, daß nicht die Zeit ihres Bestehens, sondern ihre Verfassung ein Kriterium ihrer Würdigkeit für dieses Recht sein soll. Wir wollen also den tiefen Moment des Inhalts ihrer Verfassung, und nicht die Zeit ihres Bestandes ausschlaggebend sein lassen. Ferner beantragen wir den Zusatz, daß wenn sich mehrere öffentlich rechtliche Religionsgesellschaften zu einem Verbande zusammenschließen, auch dieser Verband eine öffentlich rechtliche Körperschaft ist. Dieser Vorschlag ist in einer freien Besprechung der Mitglieder des Verfassungsausschusses einmütig angenommen worden. Ich wollte aufgrund nach eine kurze prinzipielle Auseinandersetzung mit den Herren Naumann und Katzenstein vortragen, habe aber eine Bemerkung gehört: Wenn der Redner kurz spricht, stimme ich für seinen Antrag und wenn er lang spricht, gegen ihn. (Große Heiterkeit. Ich verzichte deshalb auf weitere Ausführungen.

Die Anträge Kahl werden angenommen.

Artikel 134 bezeichnet ferner, die Religionsgesellschaften ihre Mitglieder auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten zu besteuern. Auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (Ztr.) wird hinzugefügt: „Nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen". Mit diesen Aenderungen wird Artikel 134 angenommen.

Zum Artikel 135, wonach die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstitel beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch die Landesgesetzgebung abgelöst werden, beantragt Abg. Dr. Kahl (D. Vp.), auch auch die auf Herkommen beruhenden Staatsleistungen ablösen werden können. Der Antrag wird jedoch, nachdem der Abg. Katzenstein sich dagegen erklärt hat, durch Aufzählung mit 171 gegen 143 Stimmen abgelehnt.

Auf Antrag Spahn wird ferner die Bestimmung, daß bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes die bisherigen Staatsleistungen bestehen bleiben, gestrichen. Im übrigen wird der Abschnitt nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Um 1¼ Uhr vertagt das Haus die weitere Beratung auf nachmittags 3 Uhr.

Das Schulkompromiß.

Um 3¼ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Die Beratung wird fortgesetzt mit Abschnitt 4, Bildung und Schule, (Art 139 bis 147). Die Artikel werden gemeinsam zur Beratung gestellt.

Unterstaatssekretär **Schulz**:

Zwischen den drei großen Parteien ist eine Verständigung über die Schulfrage zustande gekommen. Ueber Sinn und Tragweite dieser Verständigung habe ich im Auftrage der Regierung und der Antragsteller folgendes zu erklären:

Ueber den Grundgedanken des Artikels 143, wonach sich auf einer für alle gemeinsamen Grundschule das mittlere und höhere Schulwesen organisch aufbauen soll, sind sich die drei Parteien einig. Ein nunmehr von den drei Parteien beantragter neuer Absatz schafft demgegenüber die von dieser Norm abweichenden Schulformen. Als solche werden angesehen die Volksschulen bestimmter religiöser Bekenntnisse und die rein weltlichen Schulen, in denen Religionsunterricht überhaupt nicht erteilt wird. Diese Schulen sollen innerhalb der Gemeinden errichtet werden können, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Diese Voraussetzungen sind 1). ein ordnungsmäßiger Antrag einer ausreichenden Zahl von Erziehungsberechtigten der Minderheit und 2) die Aufrechterhaltung eines geordneten Schulbetriebes. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so muß dem Antrag stattgegeben werden. Wer als Erziehungsberechtigter anzusehen ist, wieviele zu einem Antrag notwendig sind, wieviel Schulen einzurichten sind usw. in welcher organisatorischen Form, das soll die Landesgesetzgebung regeln, aber nicht nach einem Gemeinen, sondern nach Richtlinien, die durch ein Reichsgesetz aufzustellen sind. Dieses Reichsgesetz soll nach dem übereinstimmenden Wunsche der drei Parteien und der Regierung baldigst, möglichst noch im Laufe des nächsten Winters erlassen werden. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes soll es bei der bestehenden Rechtslage bleiben. Parteien und Regierung sind sich auch darin einig, daß bei der reichsgesetzlichen Regelung solche Landesteile, in denen Schulen aller Bekenntnisse (Simultanschulen) durch Gesetz und Uebereinkunft eingebürgert sind, besonders berücksichtigt werden sollen. Zur Frage der Privatschulen ist zwischen den Zentrum und und eine Verständigung zustande gekommen, die Demokraten haben sich dieser Verständigung nicht angeschlossen. Aber darin sind sich alle drei Parteien einig, daß kein Mißbrauch mit Errichtung von Privatschulen getrieben werden darf; deshalb ist die Möglichkeit der Zulassung von Privatschulen an eine Reihe von Bedingungen geknüpft. Um die Möglichkeit, aus den Privatschulen Stands- und Kastenschulen zu machen, zu beseitigen, haben wir eine schärfere Fassung gewählt, indem es jetzt heißt, daß durch diese Schulen „eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird". Die bisherige Fassung, wonach diese Schulen im Falle der Erhebung von Schulgeld durch Abstufung auch minderbemittelten Volksschulen zugänglich gemacht werden sollen, ließ die Möglichkeit offen, daß solche Schulen nur ein Paar Schüler unentgeltlich am Unterricht teilnehmen ließen, um formell die vorgeschriebene Bedingung zu erfüllen, tatsächlich aber sie zu umgehen.

Der Resolution Beuermann, wonach für den Fall, daß infolge des Auf- und Ausbaues der staatlichen Schulen private Schulen der Auflösung verfallen oder schwere wirtschaftliche Schädigungen erleiden, die Gewährung einer angemessenen Entschädigung vorgesehen wird, stellt die Regierung wahlweise gegenüber. Der Grundsatz, daß private Vorschulen, wie es jetzt heißt, „aufzuheben sind", wird dadurch nicht berührt. Andererseits sind sich Regierung und Antragsteller darüber einig, daß pädagogische Versuchsschulen, soweit es sich wirklich um ernsthafte und wertvolle erzieherische Versuche handelt, auch künftig gewährigt werden sollen. Besondere Schulen, z. B. solche für Handel und Gewerbe, für Stenographie, für Tanzen usw. sollen unter diese Bestimmungen nur, soweit sie öffentliche Schulen sind, soweit das nicht der Fall ist, verbleibt es für sie bei dem bestehenden Rechte. In Art. 145 haben wir die Volksvorschulpflichtlehre als besonderen Lehrgegenstand gestrichen, aber nur deshalb, weil er sich auf den beiden anderen Fächern, Staatskürgerkunde und Arbeitsunterricht, ganz von selbst ergibt. In Artikel 146 soll nach unserem Antrag die Teilnahme am Religionsunterricht demjenigen überlassen werden, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat." Diese Fassung ist präziser als die ursprüngliche, wonach hierfür die Willenserklärung der „Erziehungsberechtigten" maßgebend sein soll. Diese Fassung rechnet nicht mit der Tatsache, daß z. B. die Berufsvormundschafter nicht zugleich auch diejenigen sind, die über die religiöse Erziehung der Kinder zu bestimmen haben. Endlich sind sich Regierung und antragstellende Parteien noch über den in Art. 140 festgelegten Begriff der „Lehrerbildung" einig, und zwar dahin, daß darunter nur die Bildung der Lehrer an Volksschulen, mittleren und höheren Schulen zu verstehen ist, nicht die Bildung von gewerblichen und besonderen Fachlehrern; ein Handwerksmeister z. B., der an einer Fachschule Unterricht erteilt, ist nicht ein Lehrer im Sinne, des Artikels 140. Bei der im Artikel 141 vorgesehenen Schulaufsicht durch fachmännisch vorgebildete Beamte handelt es sich natürlich nur um die technische Aufsicht im eigentlichen und engeren Sinne des Wortes; die Tätigkeit der Ministern und Geheimräten wird dadurch nicht berührt.

Ich schließe mit dem Wunsche, daß die getroffenen Vereinbarungen unserm Schulwesen zum Segen gereichen mögen. Sie werden gewiß nicht allen Wünschen gerecht; aber es geht nun mal nicht anders; wir müssen in solchen Fragen gegenseitige Zugeständnisse machen und unsere Eigenart achten. Möge auf dieser Grundlage unser Volk zusammengeführt werden im Sinne der Liebe zur Heimat, im Sinne des Geistes der deutschen Verfassung, im Sinne der Pflege und Stärkung des Willens zur staatlichen Gemeinschaft. (Beifall.)

Abg. **Hofmann**-Ludwigshafen (Zentr.):

Die Erziehungsschule muß über die Lernschule gestellt werden; die Konfessionsschule als Erziehungsschule ist unser Ideal; hier bolfen wir weiteres Gebiet zu erobern.

Abg. **Schiffer** (Dem.):

Der von meinem Vorredner in seinen Schlußausführungen in Aussicht gestellte Eroberungsfeldzug für die Konfessionsschule unterscheidet sich eigentlich von dem Geist der Zeiterung, den der Unterstaatssekretär als kennzeichnend für das Kompromiß hervorgehoben hat. Wir glauben, daß die Gegenstände in der Schulfrage durch das Kompromiß im Vergleich mit dem Beratungsergebnis der zweiten Lesung so weit abgemildert sind, daß uns das Zusammengehen ermöglicht worden ist; nicht nur aus taktischen Gründen, sondern in erster Linie aus politischen Gründen haben wir uns zu dem Kompromiß bereit gefunden. Nachdem sowohl die Parteien der Rechten als auch die Unabhängigen ihre Ablehnung der Verfassung in Aussicht gestellt haben, glauben wir alles tun zu müssen zur Zusammenfassung der Kräfte, die sich schöpferisch an einer friedlichen, positiven Entwicklung unseres politischen Lebens beteiligen wollen. Die Grundlage für eine ruhige Entwicklung zu verbreitern, das ist für uns der ausschlaggebende Gedanke gewesen. (Lebh. Beifall.)

Abg. **Mumm** (D. Nat.):

Das wesentliche ist immer die Lehrerpersönlichkeit, erst in zweiter Linie kommt das Programm. (Zustimmung.) Eine wesentliche Verbesserung gegenüber der zweiten Lesung erblicken wir in der Wendung des Kompromißantrages, daß die Erziehung im „Geiste des deutschen Volkes" erfolgen soll. Unerwünscht ist es, daß der Antrag dann noch den Zusatz enthält: „und der Völkerversöhnung". Wir haben den Eindruck, daß darunter etwas verstanden wird, was mit der Wirklichkeit mit den Situationen, wie sie nun einmal sind, getragen werden müssen, nicht übereinstimmt. Der Redner begründet ferner den Antrag Beuermann (Dnat. Vp.) und Genossen, wonach zur Auflösung kommende oder schwere wirtschaftliche Schädigungen erleidende Privatschulen auf Grund des demnächst herauskommenden Reichsschuldengesetzes eine angemessene Entschädigung gewährt werden soll.

Abg. Dr. **Runkel** (D. Vp.)

bedauert, daß seine Partei zu den Beratungen über die Schulfrage nicht zugezogen worden ist. Die Nationalversammlung hat in dieser Frage hin und her geschwankt, trotzdem die deutsche Lehrerschaft in ihr zu einer einheitlichen Auffassung gekommen war. Der Redner begründet ferner die Entschließung, daß die Schule sortan Arbeitsschule sein soll, weil das für die Kinder einen wesentlichen Vorteil bedeutet. Mit Bedauern ferner, daß einige wichtige Lehrerwünsche, wie die einheitliche Ausbildung der Lehrerschaft, Fortschritte und volle Beamtenanerkennung nicht gefunden haben. Wir bedauern aber, daß die Einheitsschule zu Fall gebracht ist und darüber hinaus noch die Gefahr besteht, daß die Staatsschule in die Klöster geht und zur Parteischule werden könnte. (Beifall bei der D. V.)

Unterstaatssekretär **Schulz**:

Wir verurteilen stets, wie wir es auch früher getan haben, wenn in der Schule die Gefühle Andersdenkender verletzt werden. Die Lehrerschaft der Schule ist der Garant für die Sicherung der Einheitsschule, beruht auf einem solchen Schluß. Wir wollen lediglich die Einheitsschule des sozialen Gedankens im Einheitsschule, gerecht verlangen die Einheitsschule, gerecht heißt, wir wollen einen nach sozialen Gesichtspunkten aufgebauten, organisatorisch-technischen Weg zur Einheitsschule schaffen, der allerdings den Unterschied der Konfessionen unberührt läßt. Diese Schule wird durch die Verfassung allerdings noch nicht gewährleistet, aber doch wenigstens angebahnt. Dazu brauchen wir einstweilen Gebäude, um die gemeinsame Schule gemeinsam aufzubauen. Der Staatsschule einer staatlichen Organisation, die auf der Demokratie aufgebaut ist, muß auch der Erziehungsberechtigten den maßgebenden Einfluß auf die Erziehung der Jugend erhalten. So wird dadurch keine Parteischule. Die Staatsschule wie früher war für die Schule selbst eine Gefahr. Die neue Schule erfüllt so, wie allseitig anerkannt ist, eine ganze Reihe von Forderungen der Lehrerschaft.

Abg. **Kunert** (U. Soz.):

Das neue Kompromiß ist nicht geeignet, uns zu einer anderen Stellungnahme zu veranlassen. Es gereicht reinweglos die künftige Einheits- oder Arbeitsschule. Diese steht nun einmal in unversöhnlichem Gegensatz zur Katechismusschule. In dem Kampf zwischen pädagogischem Fortschritt und kirchlicher Bevormundung stellt sich der Unterstaatssekretär auf die Seite der schwärzesten Reaktion. Seinen Ausführungen bringt er damit ein Opfer, macht aber zugleich Front gegen die Arbeiterschaft. Die Lehrerschaft sagen: Die Schule ist verraten und verkauft. Die Bourgeoisie hat in der Schule stets ein Machtmittel zur Unterdrückung des Proletariats gesehen. Somit fällt auf die Mehrheitssozialisten eine schwere Verantwortung, die sich rächen wird.

Abg. **Gröber** (Zentr.):

Der Abg. Hoffmann hat nicht im Auftrage unserer Fraktion und ohne Kenntnis der Volksführer der Fraktion gesprochen. (Hört! Hört!) Wir erblicken in dem Kompromiß ein Friedenswerk, das über Hetzerei und gehässliche Kämpfe auf dem Schulgebiet verweisen kann. Der Augenblick ist günstig, gerade jetzt Errungenschaften zu sichern und Eroberungen zu betreiben. Wir sind in der Mehrheit der Fraktion überzeugt, daß alles dazu angetan ist, friedlich zusammenzuarbeiten in gemeinsamem friedlichen Wettbewerb zu einer guten Erziehung unserer deutschen Jugend zum Besten des Vaterlandes. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Katzenstein** (Soz.):

In dieser schweren Zeit handelt es sich nicht darum, schulpolitische Kämpfe zu entfachen, sondern zum Frieden auf diesem Gebiete zu gelangen. Wenn eine ungünstigere Lage für die Privatschule festgelegt wird, so ist allerdings die öffentliche Schule das Ziel unseres Strebens. Darum soll aber nicht die berechtigte Privatschule durch zickzackige Auslegung zerstört werden. Was Herr Runkel als nationale Schule bezeichnet, ist weit mehr Parteischule als das, was nach unserem Willen in Zukunft kommen soll. Diese christlich-nationale Einheitsschule ist in Wahrheit die alte nationalliberale Parteischule. Die Angriffe des Abg. Kunert gegen unsere Partei sind unberechtigt. Wir können die gewaltsame Lösung, die er uns anempfiehlt, mit gutem Gewissen tragen. — Das Ergebnis des Kompromisses wird es bei einigem guten Willen ermöglichen, auf dem Boden der gemeinsamen Arbeit und des allgemeinen Volkswohls die Schule weiter zu entwickeln.

Abg. Dr. **Lupe** (Dem.):

Der Abg. Runkel wird die Lehrerschaft nicht für seine Partei mobil machen. Die Einheitsschule des Herrn Runkel ist nur ein Verröbel der Simultanschule. Aus rein taktischen Gründen stimmen wir für das Kompromiß. Bezüglich der Privatschulen sind wir nicht zur Verständigung gelangt. Die Hoheit des Staates über die Privatschulen muß unbedingt gewahrt bleiben, der Staat muß selbst entscheiden, ob er die Genehmigung erteilen will oder nicht. Wir haben demgemäß die unsere Fassung zu ändern beantragt.

Darauf wird die Debatte geschlossen.

* * *

(Bei Redaktionsschluß war die Fortsetzung des Berichts noch nicht eingetroffen.)

Anträge und Anfragen in der deutschen Nationalversammlung.

Kriegsbeschädigte. Gewährung der Entlassungsgeldes und eines Anzugs auch an die Kriegsbeschädigten, die vor dem 1. Juli 1916 und ohne Rente entlassen sind. Anträge der Deutsch-nationalen Volkspartei.

Selm. Schleunige Maßnahmen zur Leimbeschaffung der leimverarbeitenden Industrie, die von der Verteilungsstelle nicht bedacht wird. Anfrage der Deutschen Demokratischen Partei.

Gefangenenfrage. Sicherstellung der diesjährigen Gefangenenernte für die Volksernährung durch Urlaub des Erntens und Bereitstellung. Anträge der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

Drahtmeldung.

Amsterdam, 31. Juli.

In der heutigen Sitzung des internationalen Gewerkschaftskongresses teilte der Vorsitzende mit, daß verschiedene Abgeordnete am Sonnabend abzureisen wünschen und daß daher die Debatte eingeschränkt werden müßte. Er teilte ferner mit, daß die französische Regierung nunmehr den italienischen Delegierten Päße bewilligt hat. Bei der Verhandlung über den Bericht des Satzungsausschusses wurde gutgeheißen, daß die Autonomie der Gewerkschaftsbewegung von jedem an den Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Land verbürgt wird. Als Ziele des Internationalen Gewerkschaftsbundes werden bezeichnet:

1) Förderung der Interessen und Bestrebungen der an den Bund angeschlossenen Organisationen auf nationaler und internationaler Grundlage.

2) Förderung der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung in den nicht angeschlossenen Ländern.

3) Förderung der vereinigten Aktionen in allen Fragen von gemeinsamem Interesse für die Gewerkschaftsverbände.

4) Verhinderung des unehrlichen internationalen Wettbewerbes.

5) Die Schaffung von Fonds für Förderung oben genannter Bestrebungen und unserer Gewerkschaftskonferenzen.

Es wurde vorgeschlagen, daß jede Delegation von dieser oder der nächsten Konferenz in das Bureau oder den Vollzugsausschuß oder für irgendeine Sonderaufgabe gewählt werden kann, die mit der zwischen diesen Konferenz in Zusammenhang steht, und daß jede der zwischen der nächstfolgenden Ländergruppen vertretenen angeschlossenen Länder Rechnung getragen werden soll: 1) Vereinigte Staaten von Amerika, 2) Mittel- und Südamerika, 3) England und die englischen Kolonien, 4) Belgien, Frankreich und Luxemburg, 5) Italien, Spanien und Portugal, 6) Deutschland, Deutsch-Oesterreich und die Schweiz, 7) Rußland und die baltischen Provinzen, 8) Böhmen, Polen und Jugoslawien (Ungarn, Niederländisch und Belgien, 9) Dänemark, Finnland, Niederländisch, Norwegen und Schweden. Westeuropäischen Spanien schlug vor, daß Südamerika an Spanien angegliedert wird. Gewerkschaftsbund regelmäßig alle zwei Jahre, möglichst im Herbst, stattfinden soll. Der Antrag Dynes-Amerika, wonach alle angeschlossenen Organisationen die Kosten für ihre Delegationen selbst tragen sollen, wurde mit 28 gegen 4 Stimmen verworfen und der Antrag der Kommission, daß jede angeschlossene Organisation einen Abgeordneten auf die Kosten des Internationalen Gewerkschaftsbundes senden darf, gutgeheißen.

Schnerch (Schweiz) stellte den Antrag, daß den ersten 900.000 Mitgliedern oder einem Teil dieser Mitgliederzahl einer Gewerkschaftszentrale auf dem Kongreß eine Stimme zugebilligt werden soll, eine zweite dann für die zweite Viertelmillion, eine dritte Stimme für jede weitere Zahl von Mitgliedern bis zu einer Million und eine weitere Stimme für jede weitere Million Mitglieder, da sonst die kleinen Nationen mit Leichtigkeit von den großen überstimmt werden könnten. Tobin (Amerika) erklärte, daß die amerikanischen Delegierten und wohl auch die englischen sich dem schweizerischen Vorschlag nicht anschließen können. Die Annahme des schweizerischen Antrages würde zur Folge haben, daß die amerikanischen Gewerkschaften dem internationalen Gewerkschaftsbund nicht beitraten. Jouhaux (Frankreich) bemerkte, daß die Diskussion nicht von dem Geiste beherrscht werde, von dem ein internationales Kongreß beherrscht sein müßte. Jeder treue für seine Sonderinteressen ein. Er sei der Ansicht, daß bei der Zuteilung von Stimmen nicht allein die Anzahl der vertretenen Mitglieder maßgebend sein können, daß ein kleines Land verhältnismäßig eine stärkere Gewerkschaftsbewegung haben könne als ein großes, aber in dieser Frage dürften die kleinen Nationen nicht totgedrückt werden und man müsse eine Lösung finden, die der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung möglich zu machen, mit den übrigen zusammenzuarbeiten und ihr zu helfen, wo die Gelegenheit dazu sich biete. Der Vorsitzende bat, die Sitzung bis 6 Uhr nachmittags zu unterbrechen, indem er hinzufügte, diese Frage dürfe nicht dazu führen, daß die amerikanischen und englischen Abgeordneten den Kongreß verließen. Er wünsche die Pause dazu auszunützen, um im Verein mit verschiedenen Abgeordneten zu einer Uebereinstimmung in dieser Frage zu gelangen.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Meldung des Wolffschen Telegr.-Bureaus.

Weimar, 31. Juli. In den Kreisen der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen macht sich eine stets ohne Unruhe darüber bemerkbar, daß die Gefangenen nach immer nicht zurückkehren. Diese Unruhe wird von gewisser Seite noch vermehrt, indem man durchblicken läßt, daß die deutsche Regierung Schuld daran trage, daß unsere unglücklichen Landsleute sich noch immer in den Händen der Gegner befinden. Aufklärungen dieser Art muß entschieden entgegengetreten werden, denn es bedarf keiner näheren Darlegung, daß die Gefangenen so rasch wie möglich der Heimat wiedergegeben werden müssen.

Zum besseren Verständnis der Verzögerung, die eingetreten ist, und an der die deutsche Regierung vollständig schuldlos ist, sei folgendes:

Artikel 214 des von der deutschen Regierung unterschriebenen und ratifizierten Friedensvertrages besagt: Die Heimschaffung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten soll nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages sobald wie möglich stattfinden und mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden.

Der Friedensvertrag tritt bestimmungsgemäß erst dann in Kraft, wenn er durch Deutschland einerseits und drei der alliierten und assoziierten Hauptmächte anderseits ratifiziert worden ist. Mit der Durchführung der einzelnen Bestimmungen über die Heimführung der Gefangenen kann sonach erst begonnen werden, nachdem der Gesamtvertrag Rechtskraft erhalten hat.

Zur Vorbereitung der Durchführung des Artikels 214 der deutschen Kriegsgefangenen sind die alliierten und assoziierten Mächte in zwei besonderen Noten der deutschen Regierung vom 28. Juni und 21. Juli gebeten worden, die am 20. Mai von dem Präsidenten der Friedensdelegation bereits zugesagte Einsetzung der erforderlichen Kommissionen, wie es Artikel 215 vorsieht, zu veranlassen. Eine zugesagte Antwort ist bisher noch nicht erfolgt, denn die Gegner stützen sich darauf, daß formell der Friede noch nicht in Kraft getreten ist.

Die deutsche Regierung hat sich unablässig bemüht, einen beschleunigten Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen herbeizuführen. Der deutsche Vertreter für die Hauptkommission hebt es sich bereits seit geraumer Zeit in Versailles, so daß in dem Moment, in welchem die gegnerischen Mächte ihre Vertreter benennen, die Verhandlungen aufgenommen werden können. Eine Möglichkeit, das zu beschleunigen, hatte Deutschland nicht. Deshalb ist es unberechtigt, der deutschen Regierung eine Schuld beizumessen. Es ist, wie ausdrücklich festgestellt werden soll, in der Tat kein Weg unversucht geblieben, um das Ziel: die Heimkehr der Kriegsgefangenen, für deren Empfang in der Heimat alles vorbereitet ist, so rasch wie möglich zu erreichen.

Was insbesondere die Kriegsgefangenen in Sibirien anbelangt, so muß ausdrücklich festgestellt werden, daß auch hier der Abtransport von der Entscheidung der alliierten Mächte abhängig ist.

Die Fürsorge für die Kriegsgefangenen wird es zu ihrer Heimkehr in jeder nur erdenklichen Weise geschehen, selbstverständlich ohne Rücksicht auf die dadurch entstehenden Kosten. Die Angehörigen der Kriegsgefangenen werden gut tun, die hier mitgeteilten Tatsachen zu berücksichtigen und Einflüsterungen kein Gehör zu schenken, die letzten Endes nur gemacht werden, um neuerdings die Möglichkeit zu schaffen, der Regierung und dem Volke Schwierigkeiten zu bereiten. Mit den Angehörigen fühlt auch die Regierung den Moment herbei, an welchem sie die Gefangenen wieder in der Heimat begrüßen kann.

Was die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete anbelangt, so hat die deutsche Regierung nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie auch nach der Richtung hin die im Friedensvertrag eingegangenen Verpflichtungen loyal erfüllen wird. Mehrere Male ist versucht worden, diesbezüglich mit Frankreich in direkte Verhandlungen einzutreten, leider ohne Erfolg. Bis jetzt ist deutschen Bauunternehmern noch nicht einmal gestattet worden, die Gebiete zu besichtigen, deren Wiederaufbau von uns vorgenommen werden soll. Am Mittwoch ist eine Kommission nach Versailles abgereist, um die Vorfragen zu dem Wiederaufbau mit französischen Behördenmitgliedern zu erörtern. Ohne daran gegangen werden kann, deutsche Arbeiter zuzuführen, sich zur Arbeit in den zerstörten Gebieten zu melden, ist es unbedingt erforderlich, daß zunächst einmal die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Sicherung der persönlichen Freiheit, die ungehinderten Verkehrs mit der Heimat festgelegt werden.

Mit der Ausübung der Gefangenen steht nach dem Friedensvertrag der Wiederaufbau in keiner Verbindung, so daß nicht davon die Rede sein kann, daß etwa vielleicht Arbeiter zum Austausch gegen Gefangene angeboten werden können. Ein solches Angebot ist von deutscher Seite nicht gemacht worden und konnte und durfte auch gar nicht gemacht werden.

Die deutsche Regierung hat es an Bemühungen zur Regelung des Wiederaufbaues nicht fehlen lassen. Es steht zu hoffen, daß in den nächsten Tagen Vorschläge zustande kommen, welche die alsobaldige Aufnahme der Aufbauarbeiten ermöglichen.

Französinnen und Engländerinnen in besetzten Gebiet.

M. Ludwigshafen, 31. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die verbundenen Militärbehörden haben den Frauen der im besetzten Gebiet befindlichen Offiziere und Mannschaften die Erlaubnis erteilt, mit ihren Männern zusammen zu leben, soweit es die Unterkunfts- und sonstigen Verhältnisse in Deutschland zulassen. Zivilgefangenen sind in den letzten Tagen zahlreiche Französinnen und Engländerinnen in Mainz, Köln und Wiesbaden eingetroffen. Auch in den pfälzischen Städten macht sich der Zustrom französischer Zivilpersonen, namentlich von Frauen, bemerkbar, worunter die heimische Bevölkerung sehr zu leiden hat, da abermals bedeutende Wohnungsrequisitionen stattgefunden haben.